Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat Juli 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,05 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Dienstag, den 8. Juli 1924 | 4. Jahrgang ⋆ Nr. 106

Kommunistisches Arbeitszeitgesetz

Die Reichstagsfraktion der KPD. hat folgenden Gesetzentwurf dem Reichstag zur Beschlußfassung eingereicht:

Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1.

Das Gesetz regelt die Arbeitszeit für alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Beamten, die Hausangestellten, das Krankenpflegepersonal, die Gastwirtsangestellten, ferner für alle Beschäftigten der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe und -Behörden, sowie der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und für die gesamten Besatzungen der Schiffe in der Groß-, Küsten- und Binnenschiffahrt, sowie in der Fischerei.

§ 2.

Der Maximalarbeitstag beträgt für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, ausgenommen die unter den §§ 3 und 4 angeführten Personen, täglich acht Stunden einschließlich der Pausen, die mindestens eine halbe Stunde betragen müssen. An den Tagen vor den Sonn- und Festtagen beträgt die Arbeitszeit höchstens sechs Stunden.

In den Tarifverträgen darf eine längere Arbeitszeit nicht festgesetzt werden. Die Leistung einer freiwilligen längeren Arbeitszeit ist verboten.

Die Leistung von Ueberstunden bei außerordentlicher Notarbeit ist nur mit Zustimmung des Betriebsrats zulässig, jedoch darf die gesamte wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr als 46 Stunden betragen.

§ 3.

Für die Arbeiter der Industrie- und Gewerbezweige, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit arbeiten und die in außerordentlichem Maße der Einwirkung von Hitze, Staub oder der Sprengstoffgefahr ausgesetzt sind, wie die Bergarbeiter unter Tage, die Arbeiter der Chemischen Industrie, Ofenleute, Glasbläser usw. beträgt die Höchstarbeitszeit sechs Stunden täglich.

Wie weit die Bestimmungen des § 3 in der Festsetzung der Arbeitszeit Anwendung finden, entscheidet der Betriebsrat.

§ 4.

Für die Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und Angestellten bis zum 18. Lebensjahre beträgt die Arbeitszeit unter Einrechnung der Pflichtschulzeit und aller Vorbereitungs- und Aufräumungsarbeiten sechs Stunden täglich.

Besondere Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen und Jugendliche.

§ 5.

Die Nachtarbeit und Ueberstunden sind für die Arbeiterinnen und Jugendlichen verboten. Die Arbeitszeit muß in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends liegen. Die Arbeitszeit wird bei den Jugendlichen durch eine Gesamtpause von 1½ Stunden unterbrochen.

Für Erwerbszweige mit besonderer Eigenart und die öffentlich-rechtlichen Körperschaften, wo es die öffentlichen Interessen fordern, kann die achtstündige Arbeitszeit für alle über achtzehn Jahre alten Beschäftigten auch über die in Abs. 1 Satz 2 dieses Paragraphen festgesetzte Tageszeit hinaus verlegt werden. Die Entscheidung hierüber treffen die Betriebsräte.

Arbeiterinnen und Jugendliche dürfen nicht in gesundheitsschädigenden Betrieben (die unter § 3 fallen) beschäftigt werden.

§ 6.

Arbeiterinnen, weibliche Angestellte und Beamte müssen acht Wochen vor und acht Wochen nach der Niederkunft von der Arbeit befreit sein. Darüber hinaus beträgt für Mütter, bis zu einem Jahre nach der Niederkunft, die Arbeitszeit täglich sechs Stunden. Stillenden Müttern ist während der Arbeitszeit zweimal je eine halbstündige Stillpause bei Weiterzahlung des Lohnes zu gewähren.

Die Unternehmer sind verpflichtet, für die durch die Niederkunft und die Stillzeit bedingte Arbeitsaussetzung den vollen Arbeitsverdienst zu bezahlen.

Entlassungen von Arbeiterinnen dürfen während der Schwangerschaft und bis zum Ablauf des sechsten Monats nach der Entbindung (Stillzeit) nicht erfolgen.

§ 7.

Jegliche Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren ist verboten.

§ 8.

Allen Arbeitern, Angestellten und Beamten sowie den Jugendlichen ist ein vierwöchentlicher Urlaub im Jahr unter Fortzahlung des vollen Arbeitsverdienstes zu gewähren.

§ 9.

Die Betriebsräte haben innerhalb des Betriebes für die strikte Durchführung der Bestimmungen des Gesetzes Sorge zu tragen.

Für die Wahrnehmung des Jugend- und Arbeiterinnenschutzes hat der Betriebsrats-Vertreter der Arbeiterinnen und Jugendlichen heranzuziehen.

§ 10.

Jede Uebertretung vorstehender Bestimmungen wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten, sowie mit Geldstrafe nicht unter eintausend Mark bestraft.

Die Gefängnisstrafe kann nicht in Geldstrafe umgewandelt werden.

§ 11.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. Alle Bestimmungen der Tarifverträge, die dem Gesetz entgegenstehen, treten sofort außer Kraft. Des weiteren treten außer Kraft die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (Reichsgesetzbl. I. S. 124), die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Arbeitszeit vom 17. April 1924 (Reichsgesetzbl. I. S. 416), die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I. S. 66), sowie die Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918/17. Dezember 1918 und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 18. März 1919, ferner die Dienstdauervorschriften für Eisenbahner vom 5. August 1922, 29. Dezember 1923 (über die Regelung der Dienstdauer der Beamten) und 14. Januar 1924.

Berlin, den 27. Juni 1924.

Stetter, Rädel, Esser (Hamburg). Florin. Grube. Heym. Höllein. Jadasch. Jendrosch. Kenzler. Frau Krüger (Halle). Meyer (Franken). Müller (Kaiserslautern). Nagel. Obendieck. Schütz. Stoecker. Strötzel. Sychalla. Vierath.

Arbeitszeitgesetz und revolutionärer Massenkampf

Wie bereits gemeldet, ist von der kommunistischen Reichstagsfraktion ein ausführlicher Entwurf zu einem Arbeitszeitgesetz ausgearbeitet. Das geschah zur selben Zeit, da die Marx-Regierung, das Werkzeug der kapitalistischen Diktatur, auf der Genfer Konferenz des internationalen Arbeitsamtes durch den Mund ihrer Vertreter sich in aller Offenheit gegen den Achtstundentag erklärt hat. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat angesichts dieser neuen unerhörten Tatsache alsbald eine große Anfrage an die Regierung gerichtet, wodurch die Ausbeuterregierung zur offenen Erklärung gezwungen werden soll. Es ist klar, daß die parlamentarische Kampagne der Kommunisten in der Arbeitszeitfrage nur den „positiven“ Erfolg haben kann, die Regierung und die Parteien der Konterrevolution — von den „prinzipiellen“ Herren Sozialdemokraten bis hinüber zu den nicht minder sozialdemagogischen Völkischen — zur offenen Aufdeckung ihres wahren Gesichts zu zwingen.

Der Augenblick, in dem auf Grund des kommunistischen Vorstoßes auf einem Sektor des politischen Kampffeldes die Mächte der Konterrevolution einerseits, die Partei der Revolution andrerseits, in der Frage der proletarischen Arbeitszeit sich mit äußerster Schroffheit gegenüberstehen — diese Zeitspanne ist von einer außerordentlichen Bedeutung für das Geschick der Arbeiterklasse, für das Geschick der Revolution. Nach so viel Massenkämpfen seit 1918, nach so viel Erhebungen und blutigen Leiden des Proletariats, nach so viel unerhörten Streichen der Herren Sozialdemokraten in Partei und Gewerkschaft, nach diesem qualvollen, vielförmigen Prozeß der sozialen Revolution in Deutschland, beginnt eine neue Phase der revolutionären Entwicklung, die zugleich eine Phase der konterrevolutionären Entwicklung ist: **Revolution und Konterrevolution stehen sich unter veränderten Bedingungen gegenüber.** Das Gutachten der sachverständigen imperialistischen Räuber wirft die Verfassungsurkunde für die „Heilige Allianz“ der kapitalistischen Mächte, der Imperialisten aller Länder mit der deutschen Ausbeuterklasse gegen die deutsche Revolution, gegen das rebellierende Deutschland der werktätigen Arbeit. Die Herren Sozialdemokraten aller Länder, die britischen Macdonalds und die französischen Renaudels, ebenso wie die Hilferdinge in Deutschland, beeilten sich vom ersten Tag ab, die **„Heilige Allianz“ zwischen den Ausbeutern zu einer „Heiligen Allianz“ der Sozialdemokraten mit diesen selben Ausbeutern** zu machen. Ja, sie vollenden damit nur ihre konterrevolutionäre Arbeit aus so viel Jahren. Im Munde der Sozialdemokraten wird der kapitalistische Ausbeutungs- und Versklavungszweck zum lautesten und verlogensten Preislied des „Friedens“ und des „Weltgewissens“. Aber der „Friede“, dem die sozialdemokratischen Flöten ein betrügerisches Lied singen, ist nur das erprobte Mittel zur Vorbereitung der ungeheuerlichsten neuen imperialistischen Zusammenstöße. — Und dieser „Friede“ ist in erster Linie **der sofortige Krieg gegen das deutsche Proletariat, der Klassenkrieg in schärfsten Formen.**

Als in der Stunde nach Abschluß des Ruhrkriegs die von der Schwerindustrie und ihren militärisch-politischen Kommissaren geführte Konterrevolution unter Heranziehung aller sozialdemokratischen und faszistischen Reserven den gewaltsamen Vormarsch gegen das Proletariat begann, da geschah der erste Schlag gegen den Achtstundentag. Die ökonomische Form der konterrevolutionären Offensive, das ist **der Raub des Achtstundentages, die Herabdrückung der Löhne, die Vernichtung proletarischer Rechte, die unerhörte Verschärfung der Ausbeutung in Schacht und Hütte, in Betrieb und Werkstatt.**

Ein bürgerliches Blatt, die „Frankfurter Zeitung“, hat damals schon mit bezug auf das allgemeine Ausbeutergeschrei nach „Mehrproduktion“, das heißt in Wirklichkeit nach verschärfter Ausbeutung im Betrieb, diesen Angriff auf den Achtstundentag als ein Experiment von sehr zweifelhaftem Erfolg erklärt; das Blatt zweifelt an dem Resultat dieser Methode, an dem Ergebnis dieses kapitalistischen Rettungsversuchs. In der Tat haben die bisherigen Ereignisse schon gelehrt, daß selbst durch die maßloseste Verschärfung der Ausbeutung, durch die äußerste Verlängerung der Arbeitszeit das Kapital ökonomisch sich nicht zu retten vermag. **Die schnelle Folge der unaufhörlichen Krisenwellen kann nur mit der revolutionären Vernichtung der gesamten Ausbeuterherrschaft enden. Aber eine herrschende Klasse wehrt sich gegen ihre Vernichtung bis zur letzten Sekunde mit den letzten Mitteln.** Die „Heilige Allianz“ mit den Imperialisten — das ist die neue Rettungsmethode, das neue strategische Mittel der Konterrevolution in Deutschland: auch sie kann nicht retten, was an der tödlichen Verschärfung seiner eigenen **kapitalistischen Widersprüche zum Untergang verdammt ist.**

Kommunistenhetze im Saargebiet

(Eig. Drahtm.) Saarbrücken, 7. Juli

In der vergangenen Woche wurde der kommunistische Landesratsabgeordnete Reinhardt verhaftet, weil er Schuld an dem Totschlag eines Saarbündlers haben soll. Der Vorfall war folgender: Schon seit längerer Zeit versuchten die Saarbündler truppweise Kommunisten zu provozieren, dabei haben die Saarbrücker bereits öfter Prügel erhalten. Am Anfang der Woche kam es wieder zu Reibereien, bei denen ein Saarbrücker vor einer Wirtschaft erschlagen wurde. Die Saarbündler machten Aussagen gegen die Kommunisten, als ob kommunistische Geheimverbände zur Beseitigung der Saarbündler beständen. Dieser Vorfall gab den Anlaß eines allgemeinen Angriffs gegen die KPD. zu organisieren. Am Samstag fanden überall Haussuchungen statt, wobei Türen erbrochen, Bücher und Briefe durchstöbert wurden. In Villingen wurden vier Streikleitungsmitglieder verhaftet. Dieser Angriff der saarländischen Bourgeoisie hat zum Ziel der Arbeiterschaft den Achtstundentag zu rauben und Hungerlöhne aufzuzwingen.

Betriebsstillegungen auch in Württemberg

(WTB.) Eßlingen, 4. Juli.

In der Spinnerei und Weberei Eßlingen legten vor kurzem 16 Arbeiter der Carderie-Abteilung wegen Lohndifferenzen die Arbeit nieder; infolgedessen mußte gestern die Spinnereiabteilung mit 600 Arbeitern stillgelegt werden. Wenn es nicht gelingt, die Differenzen beizulegen, wird das ganze Werk mit seinen 1600 Arbeitern stillgelegt werden.

Stillegungen im Kalibergbau

Das zum Aschersleben-Konzern gehörende Kaliwerk Hattorf legte seine Schachtanlagen wegen Absatzmangels still.

Der halbe Lohn ausgezahlt

(Eig. Drahtm.) Breslau, 7. Juli.

Die Linke-Hoffmann-Werke haben gestern zum vierten Male der Belegschaft nur den halben Lohn ausgezahlt. Während die Direktion früher wenigstens noch einen Grund für die gekürzte Zahlung angab, hält sie es jetzt nicht mehr für nötig, die Begründung anzugeben und zahlte einfach jedem Arbeiter nur zehn Mark aus.

Diese niederträchtigen Methoden der Direktion sind nur auf die Folgen des Zurückweichens der Belegschaft, die ihren kommunistischen Betriebsrat, der seit Jahren unermüdlich für die Rechte der Kollegen eintrat, preisgegeben hat, so daß er nicht nur entlassen, sondern von der Reaktion auch ins Gefängnis geworfen werden konnte, ohne daß die Belegschaft, die jetzt durch ihre Gewerkschaftsführer verraten wird, Protestaktionen unternommen hätte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240708-16/fragment/page=0001

Für das Proletariat aber bedeutet diese „Heilige Allianz", dieser Plan der Kolonialsklaverei, dessen Durchführung die deutsche Regierung mit allen Mitteln zu beschleunigen strebt, **noch weitere Verlängerung des Arbeitstages, noch brutalere Senkung der Löhne, noch schärferen Terror in den Betrieben,** die Ausbeutung bis an die äußersten Grenzen zugleich mit neuer riesenhafter Arbeitslosigkeit.

Das ist der Zeitpunkt, in dem die Kommunisten durch ihr

Arbeitszeitgesetz

dem Proletariat das Ziel weisen, für das die Millionen Massen kämpfen müssen, wollen sie nicht von der tödlich getroffenen Ausbeuterherrschaft in den Abgrund gerissen werden. Die Kommunisten erklären dabei, daß kein Arbeiter vom Parlament und von der Regierung der Konterrevolution, von den Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsbureaukratie, von den Vertretern und von den Pfaffen des Dawes-Gutachtens, etwas zu erwarten haben — außer neuen Betrügereien und neuen brutalen Schlägen. Jedes Wort, insbesondere der Sozialdemokratie, das von nun an vom Achtstundentag handelt, ist doppelte und zehnfache Lüge im Munde derer, die durch das gepriesene Gutachten der Imperialisten die Rettungslosigkeit des Achtstundentages auf die Tagesordnung zu setzen sich bestreben.

Indem die Kommunisten den Achtstundentag durch einen Arbeitszeit-Gesetzentwurf als Maximalarbeitstag proklamieren, setzen sie dem **ökonomischen Ziel der Konterrevolution das ökonomische Ziel der Revolution entgegen;** sie erklären zugleich, daß es sich endgültig nicht mehr handeln könne um ein solches reformistisches Eintreten für den Achtstundentag, wie dies die Geschichte einer jahrzehntelangen Arbeiterbewegung, die Geschichte des letzten Jahrhunderts ausmachte.

Als das Proletariat im letzten Jahrhundert, zur Zeit der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, gegen seine unerhörten Leiden sich erhob, da setzten jene Kämpfe auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft selbst ein, in denen Schritt für Schritt der Ausbeutergesellschaft jede Minute Arbeitszeitverkürzung abgerungen werden mußte. Und Karl Marx hat damals erklärt: „Zum Schutz gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und ein Staatsgesetz erzwingen." Es kann sich heute, unter den Bedingungen der Konterrevolution, nach Beseitigung aller Konzessionen, die der fette Imperialismus den Arbeitern hatte machen können, —

es kann sich heute nicht mehr darum handeln, dem Staat der Konterrevolution auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft selbst ein Arbeitszeitgesetz abzutrotzen.

Die klare Einsicht in den Gang des revolutionären Prozesses und in das Wesen der Klassenkämpfe auf Leben und Tod stellt ebenso wie die Erfahrung der letzten Massenstreiks unzweideutig fest, daß der Achtstundentag selbst die ökonomische Verkörperung des revolutionären Ziels ist, und daß dieses **Ziel nur durch die Erreichung des revolutionären Sieges selbst erreicht werden kann.** So wie das Ziel, der Achtstundentag, ein revolutionäres Ziel ist, so sind die Mittel des Klassenkampfes auf diesem ökonomischem Kampffeld revolutionär, und sie können nur revolutionär sein.

Wir wissen: nur die grausame Erfahrung bringt dem Proletariat die Erkenntnis seiner Kampfmethoden bei. Die für den Achtstundentag geführten Massenkämpfe dieses Frühjahrs haben mühsam neue Formen herausgestellt, die im schroffsten Widerspruch zu den „erprobten Gewerkschaftsregeln" der erprobten Gewerkschaftsverräter stehen. Zugleich aber haben viele dieser Massenkämpfe immer noch nicht das letzte Hemmnis reformistischer Traditionen vernichtet. Das zeigt, wie langsam der Prozeß der bewußten Erfahrung und der revolutionären Erkenntnis sich vollzieht. Das zeigt aber zugleich, daß die äußerste Energie daran gesetzt werden muß, die völlige revolutionäre Form des ökonomischen Massenkampfes im Kampfe selbst herauszubilden.

Wenn schon in der letzten Zeit, so werden unter den Bedingungen des Versklavungsplanes die ökonomischen Kämpfe **noch viel ausgesprochener politische Kämpfe sein.** Wir Kommunisten haben dem Proletariat gesagt, daß schon der letzte Bergarbeiterkampf ein Vorgefecht war gegen den ebenso ökonomischen wie politischen Versklavungsplan der Konterrevolution. **Und jeder künftige Kampf wird seiner Natur nach ein direkter Schlag gegen die Durchführung des Gutachtens sein:** um so unerbittlicher müssen die Massen die Erkenntnis sich aneignen, daß jeder Kampf in jeder Form ein politischer Kampf des Proletariats gegen die politische Diktatur der ökonomisch-politischen Unterdrücker sein muß.

Wir sagen, daß der Achtstundentag die Revolution selbst verkörpert. Und indem wir alle Energien an die Mobilisierung eines ganzen werktätigen Volkes gegen seine versklavenden Ketten setzen, rufen wir den arbeitenden Massen zu:

Zum Schutz gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre revolutionären Kaders in Marsch setzen, und die Vernichtung des Ausbeuterstaates erzwingen.

Schweres Gefecht zwischen österreichischen Hakenkreuzlern und Arbeitern

(Eig. Drahtb.) Wien, 7. Juli.

In Kloster-Neuburg bei Wien kam es zu einem Gefecht zwischen Arbeiterturnern und Hakenkreuzlern. Die Hakenkreuzler eröffneten ein regelrechtes Feuergefecht auf die Arbeiterturner. Ueber zehn Personen wurden schwer verletzt. Erst nach und nach gelang es den Arbeiterturnern und den Gendermen, die Hakenkreuzler in die Pionierkaserne zu drängen und dort zu entwaffnen. Nur durch den Schutz der Gendarmerie konnten die Hakenkreuzler davor bewahrt werden, daß sie von der erbitterten Arbeiterschaft niedergeschlagen wurden.

Prozeß vor dem Kölner Sondergericht

(Eig. Drahtb.) Köln, 7. Juli.

Heute begann vor einem Sondergericht, das aus drei hohen englischen Offizieren, einem General und zwei Majoren besteht, in Prozeß gegen den Ministerialrat Dr. Schneider von der Kölner Regierung, der beschuldigt wird, gewußt zu haben, daß im Mai 1924 gefälschte Regiefranken im besetzten Gebiet in Verkehr gebracht worden seien. Ferner wird ihm vorgeworfen, einem Franz Thedieck geholfen zu haben, Flugblätter und Druckschriften zu verbreiten, die gegen die Besatzungstruppen gerichtet waren.

Pläne der weltkapitalistischen Konterrevolution

Halle, 8. Juli.

s-n. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat, wie wir gestern meldeten, die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verlangt. Unter den Gründen werden u. a. die Vorgänge genannt, die sich in Paris und London im Zusammenhang mit dem Programm der bevorstehenden Londoner Konferenz der alliierten Premierminister zugetragen haben.

Zwischen den Kabinetten von Paris und London besteht zurzeit eine beträchtliche Spannung. Sie ist darauf zurückzuführen, daß der englischen Konferenzeinladung ein Memorandum beigefügt war, das die besondere englische Auffassung über die Aufgaben der Konferenz enthielt. Zu gleicher Zeit sickerten noch andere Dinge durch, die in Frankreich Erregung verursachten. Worum handelt es sich?

1. Dem Wunsch der Amerikaner gemäß (vgl. „Klassenkampf" v. 28. Juni) will Macdonald auf dieser Konferenz **nicht über die Frage der interalliierten Schulden reden.** Die Amerikaner wollen ihre Gläubigerstellung behaupten, die Engländer sind, da sie bereits den größten Teil ihrer amerikanischen Schulden abgetragen haben, damit einverstanden. Sie **wünschen ihrerseits ihre Gläubigerstellung Frankreich gegenüber ausnützen zu können.**

2. Die Konferenz darf **nicht reden über den Garantiepakt** d. h., über ein interalliiertes militärisches Sicherheitsbündnis gegen deutsche Angriffe. Die Frage der Ruhrbesetzung soll erst später, wenn man über den Garantiepakt verhandelt, angeschnitten werden. **Das bedeutet Fortdauer der Ruhrbesetzung.**

3. Als ausführendes und überwachendes Organ für das Sachverständigengutachten soll nicht die Reparationskommission fungieren, sondern ein **internationales Komitee.** Nach Auffassung der Engländer ist die Reparationskommission zu sehr vorbelastet und außerdem stellen sie fest, daß das **Sachverständigengutachten weit über den Versailler Vertrag, dessen Ausführungsorgan die Repko ist, hinausgeht.**

Die Punkte 2 und 3 sind von höchstem Interesse für das europäische Proletariat. Die englische Bourgeoisie läßt zwar durch ihren Harlekin Macdonald allgemeine pazifistische Phrasen in die Welt setzen, aber sie ist

am Garantiepakt nicht ernsthaft interessiert.

Sie befolgt dem Kontinent gegenüber eine dreihundert Jahre alte, jeweils den Verhältnissen angepaßte Politik: die Staaten des Festlandes gegeneinander aufzuhetzen und sich zerfleischen zu lassen — zugunsten ihrer (der Engländer) Vormachtstellung. **Darum hat die englische Bourgeoisie nichts gegen die Ruhrbesetzung einzuwenden** und auch nichts — gegen einen deutsch-französischen Revanche-Krieg, der zugleich die amerikanischen Interessen in Frankreich und Deutschland schädigen würde! Auf nähere Angaben verzichten wir angesichts des Presegalgens, den Herr Ebert für uns aufgerichtet hat.

Zu Punkt 3 ist folgendes zu sagen: der englischen Bourgeoisie ist der amerikafreundliche Kurs der französischen Bourgeoisie bekannt. Unser Bruderblatt „L' Humanité" bezeichnete dieser Tage **Frankreich als den Vorposten Amerikas in Europa,** ähnlich wie Deutschland im Begriff sei, eine amerikanische Kolonie zu werden. Um dies Verhältnis nicht zu eng und gefährlich für sich werden zu lassen, macht die englische Bourgeoisie, abgesehen von ihren eben erwähnten versteckten Kriegshoffnungen, einerseits Zugeständnisse an die Amerikaner, andererseits ist sie bestrebt, diese möglichst in die europäischen Angelegenheiten zu verstricken. Deswegen soll an Stelle der von den Franzosen geleiteten Reparationskommission, deren amerikanisches Mitglied ausgetreten ist, eine neue Organisation beim „Völkerbund" oder beim Haager Schiedsgericht gesetzt werden, die

eine Art Treuhänderin der englisch-amerikanischen Hochfinanz zur Durchführung des Dawes-Planes

sein soll. Die Vereinigten Staaten sollen auf diese Weise aus ihrer gefährlichen Bewegungsfreiheit in eine Bindung an die europäischen Streitfragen gebracht werden.

Aber noch aus anderen Gründen genügt die Reparationskommission nicht mehr. Wie eben erwähnt, bedeutet der Dawes-Plan mehr als der Versailler Vertrag. Er ist der Versuch der weltkapitalistischen Mächte **eine Atempause innerhalb der heftigen Krisen der letzten zehn Jahre zu gewinnen,** also zu einer Art Stabilisierung des kapitalistischen Systems zu kommen. Diese Aufgabe, so meinen sie, kann nur durch eine große internationale Finanzorganisation gelöst werden und nicht durch die Reparationskommission, die mehr oder weniger französische Lokalinteressen (Sanktionspolitik) vertritt. Deshalb soll ein neues Organ für diese weltwirtschaftliche und weltpolitische Aufgabe geschaffen werden.

Bei diesem Plan spielt aber noch ein dritter Gedanke eine führende Rolle. Diese weltkapitalistische Stabilisierung soll auch den Boden für die Erledigung des kommunistischen Rußland abgeben und die neue Organisation beim Völkerbund oder Haager Schiedsgericht wird der

Generalstab der weltkapitalistischen Konterrevolution

sein, die — trotz aller inneren Differenzen — gegen Rußland unter Ausnutzung ihrer europäischen Kolonien Frankreich und Deutschland einheitlich vorgehen will. Das ist der letzte Sinn dieses Gewirres imperialistischer Pläne und Wünsche, und darauf deutet auch die neue Rußlandhetze hin, die jetzt in Deutschland und Frankreich entfaltet wird.

In Paris haben die poincaristischen Kleinbürger als echte weltpolitische Provinzler die ungeheure Tragweite dieser Pläne noch nicht begriffen, oder aber sie haben Furcht und opponieren, weil sie ahnen, daß Frankreich dabei nur Objekt sein wird. Vielleicht werden sie es nie begreifen, daß die „Sicherheit Frankreichs" eine untergeordnete Sache ist, wenn es sich um die Sicherheit des kapitalistischen Systems handelt. Jedenfalls opponieren sie gegen Herriot und die englische Reparationspolitik und daher die Spannung Paris-London, die angesichts der großen Ziele der weltkapitalistischen Konterrevolution von nebengeordneter Bedeutung ist.

Das europäische Proletariat sieht sich also neuen imperialistischen Treibereien gegenüber,

die seine letzte Machtposition, seine Hoffnung und Kraftquelle, Sowjet-Rußland, vernichten wollen.

Die Sozialdemokraten aller Länder arbeiten an diesen niederträchtigen Absichten mit: Macdonald, der auf dem SPD-Parteitag das „Bündnis mit den westlichen Demokratien" gegen Rußland proklamierte. Die Sozialdemokraten aller Länder marschieren Arm in Arm mit der weltkapitalistischen Konterrevolution.

Diese teuflischen Pläne müssen zerschlagen werden. Die Proletarier aller Länder werden in diesen Wochen zehn Jahre nach Ausbruch des Weltkrieges, auf die Schanzen gerufen.

Seid wachsam! Die Gefahr ist riesengroß!

Die Reaktion rüstet mit allen ökonomischen und politischen Mitteln gegen Euch.

Seid bereit!

Es gibt nur einen Ausweg: Laßt den imperialistischen Krieg aufloodern in den Bürgerkrieg, der die Ausbeuterherrschaft zu Boden schlägt.

Macdonald in Paris

Halle, 8. Juli.

Der Minister seiner britischen Majestät Herr Ramsay Macdonald trifft heute in Paris ein, um die Unstimmigkeiten, die sich in den letzten Tagen zwischen den beiden Kabinetten ergeben haben, persönlich beizulegen. Bereits am Sonntagabend hat er an die Presse eine Erklärung gegeben, worin er feststellte, daß er nicht die Absicht gehabt habe, seinen Kollegen Herriot auf die englischen Auffassungen, die der Einladung zur Londoner Konferenz beigegeben waren, festzulegen. (Welch' ein Unschuldsengel!) Macdonalds Erklärung und seine Pariser Reise haben den Zweck, nach außen hin die imperialistischen Gegensätze und Streitigkeiten zwischen den Alliierten zu vertuschen und zu überbrücken, um für das Dawes-Gutachten eine Plattform zu schaffen. Es kommt ihm vor allen Dingen darauf an, zu verhindern, daß die Amerikaner durch eine Verschärfung der europäischen Streitigkeiten von einer Beteiligung an der Durchführung des Sachverständigengutachtens sich abhalten lassen könnten. Herriot seinerseits hat ebenfalls volles Verständnis für die „großen Ziele" der kapitalistischen Weltpolitik, nämlich die Stabilisierung der kapitalistischen Herrschaft mit Hilfe des Dawes-Planes. Wie das Wolff-Bureau meldet, hat er einen Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung" erklärt, „daß der Frieden nur wieder einkehren könne, durch den kühnen und ausdauernden Willen aufgeklärter und entschlossener Geister, die sich bemüht bleiben müssen, daß sie nicht für den Tag arbeiten, der vorübergeht, sondern für die Zukunft, die bleibt". Was unter dieser bleibenden Zukunft zu verstehen ist, haben wir eben schon gesagt: Die Herrschaft des Ausbeutersystems. (Ueber Einzelheiten und Zusammenhänge stehe unseren heutigen Artikel: Pläne der weltkapitalistischen Konterrevolution.)

Die französischen Kommunisten gegen das Sachverständigenabkommen!

Die Kommunistische Partei Frankreichs führt eine energische Kampagne gegen das Sachverständigengutachten, das das deutsche Proletariat zum Kuli des Weltkapitals machen soll.

In der „Humanité" schreibt Genosse Cachin in einem Artikel u. a. folgendes über die Auswirkungen des Sachverständigengutachtens für die französischen Arbeiter:

„Vergessen wir zwei Betrachtungen nicht: erstens, daß diese Milliarden (wenn sie je bezahlt werden) ausschließlich von den Proletariern Deutschlands aufgebracht werden; daß die deutsche Bourgeoisie keinen Schaden erleiden wird, daß den Arbeitern jenseits des Rheins unerträgliche Lebens- und Arbeitsbedingungen auferlegt werden, die durch die Notwendigkeiten der Konkurrenz allmählich alle Arbeiter Westeuropas treffen werden. Zweitens, daß die derart verschärfte Versklavung der Arbeiter auf beiden Seiten des Rheins die Lage unserer Finanzen nicht bessern wird. Es bleiben uns immer unsere 400 Milliarden innere Schulden, dann unsere 130 Milliarden äußere Schulden, die bei weitem nicht durch die Tribute, die uns das Elend der deutschen Proletarier liefern wird, aufgewogen werden.

So ist die Londoner Konferenz vom 16. Juli, die höchste Instanz und der höchste Gedanke der Herrschenden, unfähig, irgend etwas ernst im Sinne der so schlechten französischen Finanzen zu lösen. Sie ist gemacht, um den Plänen der Bankiers zu dienen und um die Arbeiter zu versklaven. Und doch sind die Sozialdemokraten so tief gesunken, daß sie nicht davor zurückschrecken, sich einer solchen Politik des Betruges und der Schande zur Verfügung zu stellen."

Die Vereinigten Staaten für das Gutachten

(Eig. Drahtm.) Berlin, 8. Juli.

Bei Besprechungen in Washington über die europäische Reparationsfrage ist erneut erklärt worden, daß man die schleunige Durchführung des Sachverständigengutachtens für notwendig erachtet. Allem Anschein nach haben die Amerikaner, deren politische Beziehungen zu Paris ziemlich offenkundig sind, dort mitteilen lassen, man solle die Aeußerungen Macdonalds über Einzelheiten der Reparationsfrage (Garantiepakt — Internationales Finanzkomitee) nicht mißverstehen. Aus diesen und den Aeußerungen Macdonalds geht hervor, daß die imperialistischen Räuber zunächst die Durchführung des Gutachtens erledigen wollen.

Wer steht hinter Herriot?

(Eig. Drahtm.) Paris, 7. Juli.

In einem längeren Artikel, betitelt: „Der Bluff des Bündnisses Herriot-Macdonald", beschuldigt unser Bruderblatt „L'Humanité" den Ministerpräsidenten Herriot, sich ganz in die Hände des amerikanischen Kapitalismus gegeben und auf diese Weise die Politik Poincarés fortgesetzt zu haben, dem bekanntlich Morgan als Gegenleistung die Mittel zur Besserung des Frankenkurses zur Verfügung gestellt hatte. Als Beweis zieht „L'Humanité" die Verhandlungen zwischen Paris und Washington, die Anerkennung Rußlands betreffend, an und berichtet, daß in einer amerikanischen Note über diese Frage folgendes gestanden habe: „Das Staatsdepartement ist der Auffassung, daß das französische Kabinett über seine Haltung zur Sowjetregierung allein entscheiden soll." Dazu fragt „L'Humanité", wieso denn überhaupt eine solche Erlaubnis für einen „souveränen Staat" wie Frankreich notwendig sei. Tatsächlich verrate diese amerikanische Note, daß die Vereinigten Staaten es Frankreich gnädigst gestatten, in einer der wichtigsten politischen Fragen selbständig zu handeln. „L'Humanité" verspottet die nationalen Phrasen der französischen Kleinbürger, die nicht sehen, daß auch Herriot längst in den Maschen des internationalen Kapitalismus seststikt.

Verlegung der Konferenz?

(WTB.) Paris, 7. Juli.

Havas veröffentlicht folgende Depesche aus London, die offenbar nur als Versuchsballon gewertet werden muß. Der Gedanke, die Alliiertenkonferenz in Brüssel und nicht in London zusammentreten zu lassen und sie um 14 Tage zu verschieben, finde, wie man sagt, in gewissen politischen Kreisen Anhänger. Man glaube, daß eine Vertagung die Entspannung der Geister herbeiführen werde und daß dann die Konferenz in politischer Beziehung besser arbeiten könne. Man fasse tatsächlich ins Auge, daß man in der Zwischenzeit leichter einen Ausgleich zwischen dem französischen und dem britischen Standpunkt finden könne. Uebrigens werde die Wahl Brüssels als Verhandlungsort eine günstigere Atmosphäre finden, weil man dadurch losgelöst werde von den Beeinflussungen, die die jüngsten Ereignisse auf eine in London stattfindende Konferenz ausüben würden. Dieser Vorschlag sei zwar nicht die allgemeine Ansicht, aber doch die der offiziösen Kreise.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240708-16/fragment/page=0002

Ins Gefängnis mit streikenden Landarbeitern!

Schupo mordet — Proleter [illegible] werden eingekerkert

(Eig. D[illegible]) **Breslau, 7. Juli.**

Vor [illegible] slauer Schöffen[illegible] wurde gegen zehn Landarbei[illegible] Arbeiterinnen aus **Rothsürben** wegen Sch[illegible] [illegible]ngs, Widerstands gegen die Staatsgewalt verhandelt. Im Juni 1923 war unter den Landarbeitern, die einen Lohn **von 2 bis 3 Mark wöchentlich** erhielten, ein **Streik** ausgebrochen. Die Unternehmer hatten Streikbrecher und zum Schutze der Streikbrecher Breslauer Schutzpolizei eingesetzt. Als die Streikenden die Streikbrecher über ihre arbeiterfeindliche Haltung belehren wollten, provozierte die Breslauer Schupo die Streikenden. Die Streikenden **entwaffneten** einen Teil der Schutzpolizisten.

Darauf wurde aus Breslau von neuem Schutzpolizei eingesetzt, die viele Arbeiter verhaften wollte. Die Arbeiter in Rothsürben wehrten sich gegen ihre Verhaftung, ihre Kollegen kamen ihnen zu Hilfe. Die Schutzpolizei schlug mit Seitengewehr und Kolben auf die Landarbeiter los. Als der Gärtner **Marschall**, ein Vater von 15 Kindern, **von einem Schutzpolizisten niedergeschlagen war**, ergriff einer seiner Söhne eine Mistgabel und wollte auf den Schupo losgehen. Der **Schutzpolizist knallte kurzer Hand den Sohn über den Haufen.** Das Gericht hielt in Anbetracht der Schwere der Ausschreitungen (!) schwere Strafen für angebracht. Die Angeklagten wurden zu **Gefängnisstrafen von zwei Jahren** verurteilt, drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Das Breslauer sozialdemokratische Organ bemerkt dazu: „Es ist zu bedauern, daß Schutzpolizeibeamte in Erfüllung ihrer Pflicht mißhandelt wurden. Damit wird nur das bestätigt, was Severing im Landtag erklärte: Wir Sozialdemokraten können stolz auf unsere Schutzpolizei sein." **Kommentar erübrigt sich!**

Sozialdemokrat Severing im Dienste der Bourgeoisie

Berlin, 7. Juli.

Laut „L.-A." hat das preußische Staatsministerium die **Stadtverordnetenversammlung in Könnern aufgelöst**, nachdem die bürgerlichen Stadtverordneten wegen „gesetzwidriger Handlung" des kommunistischen Stadtverordnetenvorstehers ihre Mandate niedergelegt hatten.

*

Wenn bürgerliche Stadtverordnetenvorsteher die Arbeitervertreter vergewaltigen, die Kommunisten gesetzwidrig von den Sitzungen ausschließt, dann hat Severing nichts dagegen. Nein, er befiehlt es sogar. Gegen kommunistische Stadtverordnetenvorsteher aber, die im Interesse der Arbeiter handeln, geht er mit allen Mitteln vor. So hofft er dem Fußtritt zu entgehen, den die Reaktion seinen Freunden Leinert und Scheidemann schon versetzt hat.

Die Kumpels wehren sich

Prügel für mißliebige Steiger

(Eig. Ber.) **Wattenscheid, 7. Juli.**

Die zentrümliche „Westfälische Volkszeitung" meldet

In diesen Tagen gehen wieder 300 Bergleute aus Wattenscheid nach Hamborn, wo sie auf den Schächten der Gewerkschaft Friedrich Thyssen arbeiten. Es handelt sich meistens um unverheiratete Leute im Alter von 18 bis 45 Jahren. In Hamborn gibt es natürlich Hunderte von erwerbslosen Familienvätern.

Von unserer eigenen Berichterstattung erfahren wir dazu:

Seit ein paar Tagen haben Transporte der Arbeiter aus anderen Orten **nicht mehr** stattgefunden, **weil die Arbeiter sich nicht mehr mißbrauchen lassen, ihren erwerbslosen Kameraden die Arbeit zu nehmen.** Die meisten Arbeiter haben unter großen Versprechungen die Arbeit in Hamborn angenommen. Man hat ihnen pro Schicht 9 Mark versprochen, aber die Steiger und anderen Vorgesetzten haben sie **wie Sklaven** behandelt. Es kam öfters zu Schlägereien zwischen Steigern und Arbeitern. **Die Arbeiter weigern sich deshalb, die Arbeit anzunehmen.** Von einem großen Transport sind nur wenige zurückgeblieben, die anderen verließen demonstrativ die Arbeitsstellen.

*

Wie wir hören, werden ähnliche Verschiebungen von Belegschaften auch im mitteldeutschen Revier vorgenommen. Oft müssen die Kumpels stundenweit zu ihrer neuen Arbeitsstelle laufen. Das sind unerträgliche Zustände, wogegen die Arbeiterschaft unverzüglich Front machen muß. Entweder lassen sich die Kumpels wie Arbeitsvieh behandeln, das heute dort und morgen dorthin getrieben wird und geben sich so ganz in die Hand ihrer Ausbeuter — oder aber sie schlagen mit der Faust auf den Tisch und **organisieren die Abwehr gegen ihre Peiniger.** Und das muß unverzüglich geschehen.

Urteil im Prozeß Hermann

Weimar, 7 Juli.

Im Prozeß gegen den ehemaligen **thüringischen Innenminister Hermann** und Genossen wurde heute nachmittag das **Urteil** gefällt. Minister a. D. Hermann wird wegen falscher Beurkundung zu 1000 **Goldmark Geldstrafe oder einen Monat Gefängnis** verurteilt, Regierungsassessor **Kunze** wegen Beihilfe dazu und wegen dreier selbständiger Fälle von falscher Beurkundung **zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis** unter völliger Anrechnung der sechsmonatigen Untersuchungshaft; Kreisdirektor Rennert wird zu 1200, Kreisdirektor Hörschelmann zu 1000 und Kreisdirektor Faulian zu 500 Goldmark Geldstrafe verurteilt; Kreisdirektor Koch wird freigesprochen. Der Angeklagte Kunze wird sofort aus der Haft entlassen mit der Begründung, daß er unverhältnismäßig lange in Untersuchungshaft gehalten sei. In der Urteilsbegründung heißt es, daß **bei keinem der Angeklagten unlautere Motive** vorliegen, und daß Hermann lediglich die Kreisdirektoren gedeckt habe; im Fall Kopf wurde Hermann freigesprochen.

Bei der Anklage hatte es sich um Vordatierungen von Anstellungsurkunden gehandelt, die dazu dienen sollten, neue Beamte einzustellen. Das Urteil des dem sozialdemokratischen Minister gewiß nicht freundlichen Gerichts beweist, daß die Anschuldigungen der Reaktion gegen Hermann jeder Grundlage entbehren.

Genosse Schönemann im Irrenhaus!

(Eig. Drahtm.) **Neustrelitz, 7. Juli.**

Genosse Schönemann, der seit **den Oktoberkämpfen im Landgerichtsgefängnis Neustrelitz gefangen** gehalten worden war, ist **in die Irrenanstalt überführt** worden. Durch die **brutale Behandlung seitens der Polizei und die dauernden direkten Folterungen gleichenden Vernehmungen ist er körperlich und seelisch zusammengebrochen.** Alle Anträge seiner Frau, ihren Mann in ein Krankenhaus zu überführen, sind **abgelehnt** worden. Es handelt sich ja nicht um Herrn von Poehner, sondern um einen Proleten, der systematisch zu Tode gemartert werden soll.

Politische Notizen

Russisch-persischer Vertrag

Moskau, 5. Juli. Heute wurde in **Teheran** der **Handelsvertrag** zwischen der Sowjetunion und Persien unterzeichnet.

Liste der kommunistischen Morddokumente

Im Reichstag beschlagnahmt — peinlich geprüft — nach drei Tagen zurückgegeben

(Eig. Ber.) **Berlin, 8. Juli.**

Man machte einen großen Polizeiüberfall, man beschlagnahmte „**Morddokumente**", die bürgerliche Presse und ihr sozialdemokratisches Anhängsel ist täglich gefüllt mit den kommunistischen Mordtaten — die man totsicher beweisen werde. Inzwischen hat man einige „Morddokumente" zurückgegeben. Der Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor **Vogt**, hatte mit fieberhaftem Bemühen drei Tage lang Punkt für Punkt, Buchstab für Buchstab, Zettel für Zettel hochnotpeinlich geprüft. Die Brillen seiner intelligenten Pinkertons und Sherlock Holmes-Agenten hatten gefunkelt über den undurchdringlichen Geheimnissen, so in diesen Morddokumenten enthalten. Am dritten Tag wurden diese undurchdringlich geheimnisvollen Papiere, versiegelt mit dem großen Adler des Reiches, der kommunistischen Reichstagsfraktion zurückgegeben. Folgendes ist die Liste der undurchdringlich geheimnisvollen Morddokumente:

Beim Genossen, Abgeordneten **Remmele**, waren beschlagnahmt:

Zwölf ganz und gar unbeschriebene **Reichstagspostkarten**, 27 vollkommen leere **Reichstagsbriefbogen**, und ferner 16 **Reichstagsdrucksachen** mit Titeln wie: „Das Fernkabel", „Reichsverband der Zigarettenfabriken" usw. usw.

Beim Genossen, Abgeordneten **Koenen**, war beschlagnahmt: ein **weißer Zettel**, auf dem fünf Büchertitel verzeichnet waren.

Beim Genossen Wendelin **Thomas** war beschlagnahmt: eine **Gastkarte zum Reichstagsrestaurant**, Nr. 1781 (Preis 50 Pf.), eine **Invalidenversicherungskarte**, drei Bände handschriftlicher **Kriegserinnerungen**, eine argentinische **Broschüre** „Russia Proletaria", ferner eine Mappe mit satyrischen Artikeln.

Beim Abgeordneten Genossen **Roscher** war beschlagnahmt: eine von Chemnitzer Post- und Telegraphenbeamten eingesandte **Protestresolution** gegen die neueste „Gehaltsaufbesserung".

Bei Genossin Klara **Zetkin** war beschlagnahmt: ein Brief des **Arbeiter-Abstinentenbundes**, ein **Brief** der Ortsgruppe **Bunzlau** der Invaliden-, Alters- und Unfallrentner, eine **Druckschrift** eines Geheimen Regierungsrates über Angelegenheiten der **Auslandsdeutschen**, eine Nummer der von der **jüdischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei** in Oesterreich herausgegebenen **Monatsschrift**, ferner sieben Nummern der italienischen Zeitschrift „**Communismo**" vom Jahre 1922.

Beim Genossen, Abgeordneten **Schubert**, waren beschlagnahmt: **fünf Briefe** und Notizzettel, auf denen einiges über öffentliche Versammlungen, Gehaltsfragen, Telephonadressen, verzeichnet war.

Dies also ist die Liste der unergründlich geheimnisvollen Morddokumente. Die Kommunistische Partei wird erliegen unter der Wucht dieser Beweisstücke; es wird ganz und gar aus sein mit ihr.

Sie haben nichts gefunden, aber sie decken ihren Wallraf und Leinert!

Die christlich-fromme „Germania" schreibt in einem Mordhetzeartikel gegen die Kommunisten:

„Selbst wenn sich herausstellen sollte, daß das Material aus den Fraktionsschränken der Schwere des Eingriffs nicht entspricht, haben die Präsidenten beider Häuser recht gehandelt, als sie ihre Zustimmung zur Durchsuchung gaben."

Es steht bereits fest, daß das bei dem Einbruch erbeutete Material den Erwartungen des Herrn Vogt nicht entsprochen hat. Das verlegene Schweigen oder das noch verlegenere Stammeln der bürgerlichen Presse über die Mordverschwörungen der Kommunisten, für die sie auch **nicht einmal den Schatten eines Beweises** erbringen können, zeigt ebenso, wie die vorsichtige Fassung jenes Satzes in der „Germania", daß die Haussuchung **ergebnislos** gewesen ist. Sie haben nichts gefunden. Aber — Leinert und Wallraf haben recht gehandelt. Die Parteien der „**Demokratie**" **stehen geschlossen hinter den Agenten der Gegenrevolution, wenn es gilt, die Kommunisten niederzuschlagen. Dazu sind deutschnationale Richter und gutbezahlte Achtgroschenjungen dienlicher als Rechtsgründe.**

Die „Leipziger Volkszeitung" jammert!

Die „Leipziger Volkszeitung" ist bisher das einzige sozialdemokratische Blatt, das den von dem Landgerichtsdirektor Vogt unter Zustimmung Leinerts und Wallrafs veranstalteten Einbruch im Reichstag und Landtag mißbilligt. Die Zeitung schreibt:

„Das demokratische Grundrecht der Immunität ist schon durch die letzten Beschlüsse des Reichstags außerordentlich stark durchlöchert worden, und diese Präzedenzfälle, die der Reichstag selbst geschaffen hat, werden dem deutschen Parlamentarismus noch sehr zu schaffen machen ... Diese Methoden können sich bei veränderten Kräfteverhältnissen im Reichstag jederzeit gegen jede andere Fraktion wenden ... Was das Material auch enthalten mag, diese Verfügungen sind ein Dolchstich gegen die Rechte des Parlaments ... Die Präsidenten der parlamentarischen Institutionen haben in erster Linie die Rechte der Abgeordneten zu wahren, wenn anders nicht der Parlamentarismus selbst das Grundrecht aller Demokratie zu einem Schatten verblassen soll."

*

Es ist nicht unsere Aufgabe, uns für die Wiederherstellung des Ansehens und der Würde des Parlaments, die von den Deutschnationalen und sozialdemokratischen Präsidenten zusammen mit allen bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien zerschlagen werden, einzusetzen. Mit Trauergesängen der „Leipziger Volkszeitung" wird da nichts geholfen. Wenn wir Kommunisten uns mit aller Macht gegen die Verletzung der Immunität unserer Abgeordneten wehren, so tun wir das nicht zum Schutz und zur Verteidigung der Demokratie, an der nichts mehr zu schützen und zu verteidigen ist, sondern zur Erkämpfung der Freiheit für das Proletariat.

Aus den Betrieben und Werkstätten

Unternehmer gründen faszistische Betriebszellen

Im „Völkischen Morgen" wird aufgefordert, völkische Betriebsgruppen zu bilden. Bei der Firma F. Herbst & Co., Diemitz, ist das nach einem Bericht schon geschehen. In einer am 14. Juni stattgefundenen Versammlung hat dort der Hakenkreuzler Kurt **Reisbach**, Bernhardystraße 15, Zweck und Absichten dieser „Zelle" dargelegt:

Wir setzen **kommunistischen Betriebszellen** eine **Völkische Betriebsgruppe** entgegen, deren Hauptbestrebung sein soll, die Massen, die des selbständigen Denkens entwöhnt sind, über völkische Ziele und Bestrebungen so aufzuklären, daß sie uns erst verstehen lernen und später sich uns anschließen.

Wir dürfen uns aber nun nicht einbilden, daß wir als Mitglieder der Völkischen Betriebskruppe unsere Arbeitsleistung einschränken und verschlechtern dürfen, da wir doch bestimmt das Entgegenkommen unserer Direktion u Betriebsleitung zu erwarten haben

Nein! Wir müssen noch intensiver arbeiten als bisher, um zu verhindern, daß über uns Beschwerden bis zur Direktion gelangen können.

Wir müssen in den Belegschaftsversammlungen und von Mann zu Mann für unsere große und edle Sache wirken, und stellt sich uns rauflustiges Gesindel entgegen, so wollen wir Mann für Mann treu zusammenstehen **und diesem völkische Tatkraft zeigen.**

Der Firma Herbst & Co. genügt jedenfalls noch nicht, daß sie unter den „wichtigsten Telephon-Nummern" an erster Stelle des Ueberfallkommandos steht. Hier soll jedenfalls eine eigene Knüppelgarde geschaffen werden. Denn selbst seine Haut zu Markte zu tragen, hat der Unternehmer wenig Lust. Selbstverständlich, daß diese Leute zugleich Arbeiter sind, um die Profitrate der Unternehmer zu erhöhen und die eigene Faulheit dahinter zu verbergen. Das Entgegenkommen der Direktion wird kein anderes sein, als klassenbewußte Arbeiter mit dem Straßenpflaster bekanntzumachen, die von dieser faszistischen Meute denunziert werden.

In Nr. 18 desselben Blattes konnte man nun schon das erste Denunziantenstück lesen: **„Ich warne den Betriebsrat davor, die Belegschaft zum Aufruhr aufzuhetzen, oder zu Gewalttaten zu verleiten. Ich warne Euch Arbeitskollegen: Laßt Euch nicht verführen, denn Eure feigen Führer bleiben doch im Hintergrunde, und vor allen Dingen dürften die Taten der Völkischen des letzten Jahres den Beweis liefern, daß mit mir keineswegs zu spaßen ist. Und raten will ich auch, Herr Betriebsrat, ich rate Dir: 1. Arbeite auch, wenn Du denkst, ich beobachte Dich nicht. 2. Hetze weiter gegen uns, dadurch bekommen wir Mitglieder.**

Wenn aber die Wirtschaftskrise **wächst, nutzt dieser Sippschaft ihr ganzes Anbiedern an die Kapitalisten** nichts. **Mit den Kommunisten zugleich werden diese Mohren entlassen, die auch ihre Schuldigkeit** getan **zu haben glauben, wie das in vielen Fällen schon geschehen ist.** Die klassenbewußten Arbeiter werden aber dieser neuesten Sorte von Betriebspolizei **ihre** Tatkraft zu spüren geben, daß ihr Hören und Sehen vergeht. Die kommunistischen Betriebszellen werden eifriger denn je alles aufzählen, was den Herren Unternehmern „unangenehm" ist, und sie werden darüber hinaus **den direkten Klassenkampf** führen. **Sie werden aber so arbeiten, daß es den Faszisten schwer fallen soll, diese Arbeit zu verhindern und die Genossen zu finden, die diese Arbeit tun. Der Schrecken soll den Unternehmern nicht wieder aus den Gliedern fahren.**

Betriebszellenvertreter auf Konferenzen

Der Bezirk **Bremen** hat beschlossen, daß zur Bezirkskonferenz außer den Ortsgruppen die **Großbetriebe mit über 1000 Mann Belegschaft** das Recht haben, je einen vollberechtigten Delegierten zu entsenden. Diese Maßnahme ist als Uebergangsmaßnahme gedacht bis zu einer Zeit, wo die Organisation auf Betriebszellen umgestellt ist und dadurch an sich den Betriebszellenvertretern der entscheidende Einfluß auf Konferenzen gesichert ist.

Schuhfabrik Sonntag & Franke, Delitzsch

In der Schuhfabrik **Sonntag & Franke**, Delitzsch, wird seit 1. Juli verkürzt gearbeitet, und zwar zunächst vier Tage.. Bis zum Eintritt der Kurzarbeit wurden natürlich Ueberstunden gemacht. Dem Betriebsrat (d. h. dem abgedankten) wurde nur bekanntgegeben, daß wieder kurz gearbeitet werden muß, und zwar sollte es sofort losgehen. Der Betriebsrat wies jedoch auf die vierzehntägige Karenzzeit hin und so wurde eben der 1. Juli als Zeitpunkt festgesetzt. Da nun in der Pfingstwoche bloß fünf Tage gearbeitet wurde, so machte man eben in der Woche darauf gleich Inventur und so war es möglich, daß schon gleich, wie es der Unternehmer wünschte, die Kurzarbeit eintrat. Noch dazu wird der Belegschaft dieses alles gar nicht mehr bekanntgegeben, sondern es sagts eben einer dem andern. Daran sieht man wieder: **so lange Absatz da ist, muß der Prolet schuften und zum Dank dafür bekommt er, sowie der Profit des Unternehmers nachläßt, einen Fußtritt.**

Ein Kollege.

Schlimme Zustände auf dem Vitzthumschacht

Auf dem Vitzthumschachte herrschen geradezu himmelschreiende Zustände. Es wäre Sache des Betriebsrats, sich darum zu kümmern, aber ich glaube, daß der Betriebsrat froh ist, wenn er nicht zum Obersteiger zu gehen braucht. In der Badekaue ist nicht einmal eine Vorrichtung angebracht, wo die Handtücher beim Baden aufgehängt werden können, oder soll die Belegschaft naß in die Ankleidekaue gehen? Ferner herrscht im Schacht eine Hitze, welche durch Besprengen der Berge mit Wasser leicht verhindert werden könnte, wie es auf anderen Schächten üblich ist und dadurch kühle Luft erzeugt wird. Ferner ist in dem Umbruch unter dem Schacht, wo die Belegschaft bei der Ausfahrt entlang geht, der Bodenbelag so ausgetreten, daß man die Knochen brechen kann. Wenn ein paar Wagen Sand in die Löcher geschüttet würden, wäre allem abgeholfen. Der Betriebsrat sieht das alles nicht, oder er ist zu feige, zum Obersteiger zu gehen und ihn auf die Mängel aufmerksam zu machen. Und eine Angst haben die Kameraden, wenn nur ein Steiger kommt! Dann ist richtiges Hasten und Ochsen. Kameraden, Ihr habt doch nichts zu verlieren, als die Ketten, die Euch die Fronvögte auferlegt haben. Also, wehrt Euch gegen die schlechten Zustände und zeigt, daß Ihr noch da seid! Ein Kamerad.

Wolfsschacht (Mansfeld)

Da der **Hermannschacht stillgelegt** ist, sind verschiedene Bergleute nach dem Wolfsschacht verlegt. Viele sind dabei, die alle Tage **sechs Stunden Fußweg** zurücklegen müssen. Den Eisleber **Kumpels verbietet man, daß sie mit dem Fahrrad nach dem Schachte kommen, da kein Raum zum Unterstellen der Fahrräder vorhanden ist. So ist es recht! Die Hauptsache ist, daß die Herren Direktoren ihre Autos unterbringen können. Na wartet! Ein Kumpel.**

Kapitalistischer Aufbau

Die Wittenberger Steingutfabrik **hat** am Sonnabend ihre Pforten geschlossen. Schon wochenlang wurde beschränkt gearbeitet. Geldsorgen sollen die Ursachen dieser nur vorübergehenden Schließung sein. Sobald wieder Geldmittel zur Verfügung stehen, soll **wieder** gearbeitet werden, da Aufträge in Hülle und Fülle vorhanden sind. **Wirklich** eine feine Ordnung!

Wagenfabrik Struck, Torgau

Die Wagenfabrik Firma Fr. Struck arbeitet nur noch drei Tage die Woche. Weiter wurde die stündliche Kündigung eingeführt! Aus allen Betrieben werden Entlassungen gemeldet. Die große Armee der Arbeitslosen vermehrt sich mit jedem Tage. Wann wird sich die Arbeiterschaft aufraffen, um ihrer Qual ein Ende zu bereiten?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240708-16/fragment/page=0003

Vorbereitungsarbeiten zur Kampagne gegen die Sachverständigenpläne

In der Woche vom 8. bis 12. Juli finden im gesamten Bezirk große Versammlungen der **Parteimitglieder und der „Klassenkampf“-Leser** statt. Alle Genossen und Genossinnen (darunter auch sämtliche Jugendmitglieder) müssen an diesen Versammlungen teilnehmen. Es gilt, die letzten Vorbereitungen zu treffen, um den breitesten Massen die ungeheure Gefahr, die in der Verwirklichung der Sachverständigenpläne liegt, vor Augen zu führen. Dazu gehört, daß zuerst die Partei klar eingestellt ist. Und dann, Genossen, mit Kraft an die Arbeit zur Mobilisierung des Proletariats zum Kampf!

Verzeichnis

der Mitglieder- und Abonnentenversammlungen vom 6. bis 12. Juli:

Ortsgruppe Halle:

Fünf große Versammlungen der Mitglieder und „Klassenkampf“-Leser in allen Oberbezirken. Am Donnerstag, dem 10. Juli, abends 7 Uhr:

Oberbezirk Mitte in der „Goldenen Kette“,
Oberbezirk Osten im „Hardenbergkasino“,
Oberbezirk Westen in der Produktiv-Genossenschaft,
Oberbezirk Norden im „Volkspark“,
Oberbezirk Süden in „Loests Hof“.

Saalkreis:

Oppin: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Ferl.

Könnern: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.

Kütten: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr.

Nietleben: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in der „Sonne“.

Ammendorf: Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Krüger.

Dölau und Lieskau: Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr, in Dölau im Lokal „Dölauer Heide“.

Seeben: Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Glaser.

Sennewitz: Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“.

Zwintschöna: Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Horn.

Döllnitz: Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Palmbaum.

Friedrichschwerz: Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr.

Merkewitz: Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr.

Morl-Möderau: Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr.

Nauendorf: Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr.

Passendorf: Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Drei Lilien“.

Kreis Merseburg:

Altranstädt: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Parteilokal.

Dürrenberg: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in der „Sonne“.

Rattmannsdorf: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Parteilokal.

Frankleben und Groß-Kayna: Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Böhme.

Tollwitz: Donnerstag, den 10. Juli, abends 8½ Uhr, im Gasthof in Teuditz.

Kreis Weißenfels:

Granschütz: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr.

Kreis Naumburg:

Wiehe: Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“.

Laucha: Mittwoch, den 8. Juli, abends 8 Uhr.

Kreis Zeitz:

Haynsburg und Breitenbach: Dienstag, den 8. Juli, abends 8½ Uhr, in Breitenbach im Gasthof Fröhlich.

Kreis Sangerhausen:

Reinsdorf: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Gebhardt.

Roßla: Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Sonne“.

Kelbra: Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal „Sängerhalle“.

Kreis Bitterfeld:

Gräfenhainichen: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Parteilokal in Gräfenhainichen.

Zschornewitz-Golpa, Burgkemnitz, Gröbern, Grüna, Möhlau: Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr, in Zschornewitz, Gasthof.

Holzweißig und Petersroda: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in Hüssers Lokal.

Greppin: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in Schmidts Lokal.

Wolfen, Salzfurth, Thalheim, Cappelle: Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, in Wolfen in Gasthof Wedde.

Kreis Liebenwerda:

Dolsthaida: Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr, bei Nymei.

Elsterwerda und Krauschütz: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, in Elsterwerda im Gasthof „Zur Sonne“.

Naundorf-Lauchhammer: Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Dambrowski.

Stolzenhain: Mittwoch, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Kreis Torgau:

Annaburg: Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“. Mitgliederversammlung.

Neues vom Tage

Schwere Unwetter in Kurhessen. In Kurhessen gingen in den letzten Tagen ganz ungewöhnlich heftige Gewitter nieder. In Wormeln wurde ein Knecht und ein Kind, und in Alsfeld eine Bäuerin vom Blitz erschlagen. In Hessen-Lichtenau brannten infolge von Blitzschlägen gleichzeitig drei Häuser nieder, in Welda schlug der Blitz in zwei Häuser ein, von denen eines gänzlich eingeäschert wurde.

Zugzusammenstoß auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin. Im Stettiner Bahnhof fuhr ein ausfahrender Personenzug einem Leerzug in die Flanke. Nur der Personenwagen des Leerzuges wurde beschädigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Eisenbahnunglück bei Genua. Nach einer Meldung aus Rom wurde am Freitag der Luxus-Expreß-Zug Paris—Rom von einem schweren Unfall betroffen. In der Nähe von Genua stieß der Zug infolge falscher Weichenstellung auf einen Güterzug. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Speisewagen schwer beschädigt wurde. Eine Anzahl Passagiere erlitt Verletzungen. Der Bahnverkehr hatte auf der Strecke erhebliche Störungen.

Schwere Wolkenbrüche in der Türkei. Nach Meldungen aus Konstantinopel wurden im türkischen Koniagebiet durch Wolkenbrüche die gesamten Ernten zerstört. Zahlreiche Menschen kamen ums Leben. Das Vieh ertrank auf den Weiden. Bäume wurden entwurzelt und Gebäude stürzten ein.

Ein Auto vom Zuge erfaßt. Ein schweres Automobilunglück hat sich am Sonntag auf der Strecke Neuß-Düren ereignet. Das Auto des „Fürsten“ Salm-Reifferscheidt-Dyck, in dem sich dieser selbst, drei Frauen und der Chauffeur befanden, wollte bei der Ortschaft Harst die Bahnstrecke kreuzen. Das Auto wurde von dem D-Zug erfaßt und mitten durchgeschnitten. Der „Fürst“ und der Chauffeur waren auf der Stelle tot. Die drei Frauen wurden schwer verletzt in das Krankenhaus nach Düren gebracht.

Ein Dampfer in Brand geraten. Aus Baltimore wird gemeldet: Der Dampfer „Tree Rivers“, der von der Cheseapece-Bucht nach Baltimore unterwegs war, ist in der Nacht zum 4. Juli in Brand geraten und vollständig ausgebrannt. Von 350 an Bord befindlichen Reisenden wurden viele, die über Bord sprangen, durch andere Schiffe gerettet. Man befürchtet, daß zahlreiche Todesopfer zu beklagen sind.

Explosion eines Ballons. In Nantes wollte trotz des ungünstigen Wetters ein Luftschiffer im Ballon auffliegen. Der Ballon wurde von einem heftigen Windstoß erfaßt und gegen eine elektrische Leitung gedrückt. Er explodierte. Im Publikum entstand eine Panik. Der Luftschiffer selbst blieb unversehrt, doch wurden mindestens 20 Zuschauer, zum Teil nicht unerheblich, verletzt.

Fischerunglück auf der Ostsee. Ein trauriges Unglück hat sich auf der Ostsee beim Seebade Misdroy ereignet. In der vorvergangenen Nacht sind die Fischer Dolz, Oehm, Hausenberg und Tetzen zum Fischfang ausgefahren und nicht wieder zurückgekehrt. Ruder und andere Sachen der Fischer sind an den Strand getrieben worden. Man nimmt an, daß das Boot im Gewittersturm gekentert und die Insassen ertrunken sind.

Abgestürztes Passagier-Flugzeug. Wie aus Borkum gemeldet wird, stürzte dort am Sonntagabend das in Borkum stationierte, dem Hotelbesitzer Kaempfer gehörende Passagier-Flugzeug infolge böigen Windes ab. Der Führer und die drei Insassen erlitten schwere innere und äußere Verletzungen.

Arbeiter-Sport

TV. Naturfreunde (Sportabteilung). Die erste Handballmannschaft mußte sich am Freitag auf dem Sandanger zum erstenmal geschlagen bekennen. Sie unterlag nach scharfem Spiel gegen Sportklub Achilles knapp mit 1:2 (1:1). Die nächsten Veranstaltungen sind Donnerstag, den 10. Juli, 1. Mannschaft gegen Fichte 2.; Dienstag, 15. Juli, 2. Mannschaft gegen Achilles 2.; Donnerstag, 17. Juli, 1. Mannschaft gegen Wörmlitz 1. Die Spiele werden auf der Peißnitz ausgetragen, beginnen 7 Uhr abends. Treffpunkt ½7 Uhr auf dem Platze. Pünktlich erscheinen. Spielkleidung: schwarze Hose, weißes Hemd.

HFC. Viktoria. Am Mittwoch treffen sich auf dem Sandanger, abends 7 Uhr, Viktoria 1. und Dölauer Fortuna 1. Viktoria spielt wie folgt: Necke, Blome, Biering, Schauerhammer, Ulbrich, Lüttich, Winkler, Schubert, Petzold, Zieger, Meyer 2.

Sportkartell Halle. Dienstag, den 8. Juli, abends ½9 Uhr, Kartellsitzung. Da sehr wichtige Tagesordnung, ist das Erscheinen eines jeden Delegierten Pflicht.

Die Bezirksleitung.

Städte-Mannschaft gegen Lettin 4:0 (4:0.) Beide Mannschaften standen sich am Sonnabend im Gesellschaftsspiel gegenüber. Städte-Mannschaft fand sich besser zusammen und konnte vier Tore erzielen; Lettin war es nicht vergönnt, trotz ihrer Anstrengung, das Ehrentor zu erzielen. Mit 4:0 trennten sich beide Parteien. Mittwoch, Sandanger, 7 Uhr, Viktoria 1. gegen Fortuna 1. (Hübler, ASC.).

Turn- und Sportverein Fichte, Ammendorf. An die Gruppenvereine der 1. Gruppe des 6. Bezirks! Es wird erneut auf unser am 27. Juli stattfindendes Wertungsturnen aufmerksam gemacht und gebeten, die Fragebogen bis 13. Juli an Turngenossen Paul Keil, Ammendorf, Regensburger Straße 90, oder an Willy Grube einzusenden; zugleich auch den Festbeitrag, für Turner 50 Pfennig, Jugendliche und Turnerinnen 30 Pfennig. Später einlaufende Meldungen können nicht berücksichtigt werden. Die sportlichen Wettkämpfer haben sich früh 7 Uhr im „Dreierhaus“, Osendorf (Umkleidelokal), einzufinden. Je 1 bis 5 Wettkämpfer müssen einen Kampfrichter melden. Die Gerätewettkämpfer treten 2 Uhr mittags an; die Stafetten (4×100-Meter) werden vormittags gelaufen. Alle Wettkämpfer sind namentlich auf dem Fragebogen zu vermerken. Empfang der Vereine von ½1 bis ½2 Uhr. Der Festbeitrag gilt für Sonnabend und Sonntag. Die Festabzeichen gehen den Vereinen nach Empfang des Beitrages sofort zu. Turngenossen, erscheint zahlreich, damit wir den Arbeitern, welche noch in den bürgerlichen Vereinen sind, zeigen, daß auch bei uns guter Sport geleistet wird.

Freie Turner Aschersleben. Am Freitag spielten Britannia 1. gegen Turner 1. zugunsten der „Roten Hilfe“. Das Spiel war reich an spannenden Momenten bis zum Schluß. 46 Mark konnten einer edlen Sache überwiesen werden. Am Sonnabend lieferte Sportfreunde Staßfurt in Aschersleben ein Rückspiel. Staßfurt betritt mit durchschlagkräftiger Mannschaft den Platz, wogegen Turner mit völlig unzureichendem Ersatz (2) antritt. In 12 Minuten reißt Staßfurt die Führung an sich. Etliche Ecken bringen beiderseits nichts ein, bis ein langer Schuß des Mittelstürmers den Ausgleich bringt. Der schwache N.-Läufer läßt Staßfurts entschlossenen Sturm zum zweiten und bei einem Eckstoß zum dritten Erfolg kommen. Halbzeit. Staßfurt scheint ausgepumpt. Sie werden eingeschnürt. Todsichere Sachen werden versiebt von Aschersleben. Der Mittelstürmer steht zum Glück der Staßfurter fast immer den Rücken zum Gegner gekehrt. Staßfurt macht sich öfters frei, doch werden die Angriffe, da Läufer nicht mehr nachrücken, abgewehrt, ebenso zwei Ecken. In 80 Minuten gelingt H.-L. der Turner ein Durchbruch mit Erfolg. Drei Minuten vor Schluß kann derselbe Stürmer einen Eckball verwandeln. Resultat 3:3. — 6. Juli. Wacker 1. Neuhaldensleben gegen Turner 1. 1:4. Beide Mannschaften ohne Ersatz liefern die Halbzeit Mittelfeldspiel. Turner sind im Sturm diesmal auf der Höhe. N.-A. setzt gleich zu Anfang zum unhaltbaren Schuß an; L.-A. versucht dasselbe, wird aber zur Ecke abgewehrt, die zum zweiten Tor verwandelt wird. Vor Halbzeit läßt Wackers zaudernder Sturm eine Chance aus. Dann wird W. munter, leitet, leider ohne Erfolg, die gefährlichsten Angriffe ein. Eine lange Vorlage bringt Turner das dritte Tor. Wieder zieht W. vor Gegners Tor. Der Sturm ist aber nicht imstande, einen Mann freizuspielen. Das Kombinationsspiel der Turner raubt dem Gegner die letzte Kraft oder Mut. Bald stellt A. die Torzahl auf vier und hält W. in Schach. Endlich gelingt es W. nach gutem Durchspiel durch Mittelstürmer flach und sicher zum verdienten Ehrentor einzusenden. Das belebt W. wieder. Bis Schluß ändert sich aber nichts mehr am Resultat. Schiedsrichter konnte nicht immer gefallen.

Wittenberg. Am Sonntag rang Eiches 2. Mannschaft gegen Coswigs 1. Aus diesem Kampf ging Eiches 2. als Sieger hervor, während die 1. Mannschaft Eiches, welche in Luckenwalde gegen die Kombinierte, bestehend aus Luckenwalde, Woltersdorf und Berlin, einen unentschiedenen Kampf lieferte. Aus diesem ist besonders derjenige des Kollegen Höhne (Wittenberg) gegen den Bundesmeister Radke (Berlin) hervorzuheben. Nach 9½ Minuten konnte Radke über Höhne siegen.

Verantwortlich: Louis Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Wilhelm Barnack, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Kocht Euch Genovis-Suppen u. Erbswurst mit Speck

DAS WORT

Aus dem Inhalt der Nr. 78: Der Bauer und der Faszismus. Die landwirtschaftliche Ausbildung im Sowjetbund. Die Ludendorff-Tafelrunde in „Stadt Hamburg“. Feuilleton: Legende. Po Chü—i. Gedicht. „Politisieren Sie nicht!“ Die Lehren des Lebens. Der seelische Hintergrund der Nervosität. Warum die Stadthalle auf der Moritzburg? Tote Matrosen vor Gericht. Kritik der Künste. Der Kampf gegen die Malaria. Biblische Fliegerbomben. S. M. König Rupprecht.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle.
Achtung, Distriktsführer! Heute abend 7 Uhr im Ortsbureau: Material abholen.

Volkspark
Heute, Dienstag, abends 8 Uhr:
9. Sommer-Konzert
(Mittelland-Orchester)
Leitung: Benno Plätz
verbunden mit einem [2110]
∴ Blumen-Abend ∴

Stadt-Theater
Mittwoch 7½ Uhr: Katja, die Tänzerin
Donnerstag: „Peer Gynt“

Grab-Tüten 2123
für frische Blumen
58 Pf.
Sobel
Gr. Ulrichstr. 9
Steinweg 45
Reilstr. 1

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhdlg.

Vereine

Komm. Jugend Ortsgruppe Halle
Bureau: Produktiv-Genossenschaft, geöffnet von 5-7 Uhr.
Heute, Dienstag, abds. 7 Uhr: Spielen a. d. Peißnitzwiese.
Mittwoch, ½8 Uhr, in der Produktiv-Genossensch.: Vorstands-Sitzung.
Freitag, ½8 Uhr, i. Volksp.: Ordentliche Mitglieder-Versammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Freier Einlaß nur gegen Mitgliedskarte.
Zentral-Vorstand.

Zeitungsträger
für Hohenleipisch sofort gesucht
Zu melden bei Emil Hunger, Bahnhofstraße 91

Michel-Brikett
Anerkannt beste Marke: Hausbrand, Industrie
Generalvertrieb für Merseburg und Umgebung:
Michel-Brikett-Verkaufsstelle
720 Merseburg
Telephon 82 Neumarkt 67
Steinkohle, Koks, Rohkohle, Naßpreßsteine, Torfstreu, Dachpappe, Brennholz
Baumaterialien-Handlung

Besuchstaschen 230
Ia. Leder, billigst
nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Schulbücher Schultafeln usw.
empfehl. die Volksbuchhandlungen

Butter-Kühler
ohne Eis
1.95 2122
Sobel
Gr. Ulrichstr. 9
Steinweg 45
Reilstr 1

Dem Ehepaar Alfred Pfeiffer
Jakobstraße 19
zur Silberhochzeit die besten Glückwünsche

Hausfrauen
kauft nur bei unseren Inserenten!

Spendet für die „Rote Hilfe“

Zeitungsträger
für Dornstedt per sofort gesucht
Meldungen bei Herm. Schäfer, Dornstedt bei Schafstädt

Zeitungsträger
für Groß-Kayna sofort gesucht.
Zu melden bei K. Wernicke, Groß-Kayna 19.

Allen meinen werten Freunden und Bekannten von Zwintschöna und Umgebung zur gefälligen Kenntnis daß mit heutigem Tage mein Ladengeschäft
Reideburger Straße 11
eröffnet ist
und daß ich außer den bereits geführten Waren den Verkauf von
Tabakwaren erstkl. Marken
übernommen habe
Um weiteren gütigen Zuspruch wird gebeten
*463 Hochachtungsvoll G. Bolm

Abbruch
Gerberstraße 8
Wegen Räumung sind sofort
Balken, Sparren Säulen, Latten Bretter, Fenster Türen, Kochöfen Mauersteinstücke
Brennholz
(in Fuhren u. einz.) billig zu verkaufen
Arthur Lindner
Spezial-Unternehm. für Abbrüche
Fernsprecher 1450

Zu Festen
empfehle den Genossen, Arbeitervereinen, Gastwirten meine
Zuckerwaren, Schokoladen
zu günstigen Preisen. Leicht absetzbare
Spezialartikel
Auf Wunsch Muster
Franz Donner, Brehna
Zuckerwarenfabrik *220

Zeitungsträger
für Riestedt sofort gesucht. Zu melden bei Wilh. Setzepfand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240708-16/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Der Baugewerksbund buhlt um die Sympathie der Streikenden

Von der Streikleitung der Bauarbeiter geht uns folgender Bericht zu:

Im „Volksblatt" vom 7. Juli glaubt die Baugewerkschaft Halle einen Bericht zur Streikbewegung geben zu müssen. Daraus geht hervor, daß Koch den Kollegen einen Vortrag gehalten hat über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zwecks Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages. Unter andern soll er die Kollegen ermahnt haben im Kampfe auszuharren (in welchem Kampfe?), obgleich die Lasten schwer zu tragen seien. Er selbst sei bereit alles zu tun, um aus diesem Kampfe ehrenvoll hervorzugehen. „Bravo, Bezirksleiter Koch", wir müssen aber fragen, was hat Koch bisher getan, um den Kampf ehrenvoll zu führen? Bis jetzt hat Koch gerade das Gegenteil getan; denn er sagt ja selber, die Lasten seien schwer zu tragen! Müßte Koch nicht alles tun, um die schweren Lasten der Kollegen zu erleichtern? **Wir glauben, Koch nimmt an, die Kollegen haben keine Lasten zu tragen, sondern der BGB., oder gar die Unternehmer.**

Lassen wir den Bericht weiter sprechen: Nach diesem soll, oder wird Hertel den Beweis erbringen müssen, daß der BGB. die Kollegen anderer Bezirke vom Kampf abgehalten habe. Diesen Beweis braucht Hertel nicht zu erbringen, den bringt der Bericht selbst. Heißt es doch im Bericht, die einzelnen Baugewerkschaften hätten stets Handlungsfreiheit, nur sie entscheiden nach Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse, ob der Kampf aufgenommen wird oder nicht. Wessen wirtschaftliche Verhältnisse maßgebend sind, geht aus dem Bericht nicht hervor.

Uns scheint, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kapitalisten vom BGB. berücksichtigt bzw. geprüft werden. Denn die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bauarbeiter sind so traurig, daß in eine Prüfung nicht erst eingetreten werden braucht.

Oder sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des BGB. maßgebend? Uns scheint es so. Sagte doch Koch den Eisleber Kollegen, der Streik wird anerkannt, aber finanziert wird er nicht. Nach unserer Auffassung hätte der BGB. schon längst den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen aufnehmen müssen. Gerade die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages geben die beste Gelegenheit dazu. Dem frechen Auftreten der Unternehmer bei diesen Verhandlungen kann nur die Spitze abgebrochen werden, wenn die Bauarbeiterschaft zum Kampf um den Reichstarif vom BGB. aufgerufen wird. Unsere Unterstützung im Kampfe ist sicher. Aber statt durch Kampf die gerechten Forderungen zu erzwingen, glaubt der BGB. durch schiedlich-friedliche Verhandlungen zum Ziele zu gelangen. Inwieweit es dem BGB durch Verhandlungen gelingen wird, werden die Bauarbeiter später selber feststellen können, wenn der Reichstarifvertrag unterschrieben bzw. anerkannt vorliegt.

Mit Recht ist in dem Bericht, wie der BGB. selber feststellt, gesagt worden: „Der BGB. scheint sich zur Technischen Nothilfe auszubilden." Die Streikleitung ist in der Lage, mit Beweisen dienen zu können; denn überall da, wo die Streikleitung die Genehmigung zur Arbeit versagt hat, hat die Baugewerkschaft Halle die Genehmigung zur Arbeit erteilt. Der Streikleitung ist nichts bekannt, daß Steitz die Baustelle an der Friedenstraße vom Feinde säubern sollte, vielleicht bildet sich das der Berichterstatter nur ein. Gerüchte von verschiedenen Seiten werden zu einem bestimmten Zweck verbreitet, denn manche Menschen glauben für sich den Wahlspruch in Anspruch nehmen zu müssen: „Verleumde nur immer feste drauf los, etwas bleibt doch hängen."

Unternehmer-Offensive im Transportgewerbe

Der Arbeitgeberverband für das Handels- und Transportgewerbe hat durch seinen Geschäftsführer dem Deutschen Verkehrsbund telephonisch mitteilen lassen, daß er auch diesmal eine Lohnverhandlung sowie Lohnerhöhung ablehnt. Die Mitglieder des Deutschen Verkehrsbundes haben am Freitag in einer Versammlung beschlossen, erneut den Schlichtungsausschuß anzurufen, obwohl sie von vornherein wissen, daß bei der jetzigen Einstellung der Schlichtungsausschüsse für die Arbeitnehmer nichts ersprießliches herauskommen wird. Weiter wurde beschlossen, daß sofort nach der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß eine erneute Versammlung einberufen werden soll. Des weiteren hat sich die Versammlung einmütig hinter den Bericht der Organisationsleitung gestellt und sich weiter verpflichtet, alles daransetzen, um die noch dem Deutschen Verkehrsbund fernstehenden Berufskolleginnen und -kollegen der Organisation zuzuführen, damit die Kampfkraft gestärkt werde. Einig waren sich die Versammelten darin, alles mobil zu machen, um sich vorzubereiten, daß, wenn die Arbeitgeber ihre jetzige Politik fortsetzen, auch zum Mittel des Streiks gegriffen werden muß. Voraussetzung ist, daß sämtliche Berufskollegen jetzt endlich erkennen um was es geht.

*

Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden e. V. Magdeburg, hat es für notwendig gehalten den Schiedsspruch für die Straßenbahner, welcher eine Lohnerhöhung von 3 bzw. 2 Pf. vorsah, abzulehnen.

Dies kennzeichnet wieder einmal die Politik dieses Verbandes. Während fast allgemein die Löhne der Straßenbahner ganz bedeutend höher stehen, glaubt der Arbeitgeberverband hier Löhne diktieren zu können, die es den Arbeitnehmern für die Dauer unmöglich machen, ein geordnetes Wirtschaftsleben zu führen. Die Politik des Arbeitgeberverbandes wird und muß eines Tages zusammenbrechen, da die Arbeitnehmer sich auf die Dauer eine derartige Verhöhnung nicht gefallen lassen werden. Bei allen früheren Verhandlungen wurde stets mit Nachdruck betont, sobald die Straßenbahn wieder wirtschaftlich in der Lage sei, höhere Mittel für die Löhne aufzubringen, auch eine Erhöhung der Arbeiterlöhne eintreten werde. Dies wird heute von den Arbeitgebern vergessen. Die Straßenbahn ist einer der wenigen Betriebe, welche in ganz kurzer Zeit sich von den Inflationsschäden erholt haben. Sie ist heute ohne weiteres in der Lage, den Arbeitern einen angemessenen Lohn zu zahlen, ohne dabei Gefahr zu laufen, unwirtschaftlich zu arbeiten. Der Straßenbahnschaffner und -führer erhält heute einen Lohn von 41 Pf., hinzu kommen ein Haushalts- sowie Kindergeld von 3 Pf. je arbeitsstündlich. Daß dieser Lohn keineswegs den schweren Dienstverhältnissen der Straßenbahner angemessen ist, dürfte auch dem verbohrtesten Reaktionär und vor allen der Lohnkommission des Arbeitgeberverbandes sowie seinem Geschäftsführer einleuchten müssen. Aber eines müssen sich die Herrschaften schon heute sagen lassen, nämlich, daß nach dieser Zeit auch eine andere folgen wird und daß die Straßenbahner bei passender Gelegenheit die Quittung für das jetzige Verhalten des Arbeitgeberverbandes zurückgeben werden.

*

Die im Deutschen Verkehrsbund organisierten Straßenbahner nehmen am Mittwoch, dem 9. Juli vormittags und nachmittags, im „Volkspark" zu dieser Angelegenheit Stellung.

* **Volkspark.** Wie schon angekündigt, findet das 9. Konzert wieder am heutigen Dienstagabend statt. Als Solisten wirken in diesem Konzert mit, der Solocellist Hermann Behr, welcher das Andante aus dem A-Moll für Cello von Goltermann vortragen wird, und im letzten Teil der Solotrompeter [illegible] Gerber, der ein Trompetensolo „Der Liebestraum" von Hoch bläst. Das Konzert wird eröffnet durch eine Festpolonäse von Börsen. Hierauf folgt die romantische Ouverture „Meeresstille und glückliche Fahrt" von Mendelssohn; komponiert nach einem Goetheschen Gedicht, das dem Abendprogramm beigedruckt ist. Hierauf folgt das Cellosolo. Der Teil schließt mit zwei Stücken aus der Musik zu einem Schauspiel, Vorspiel und Huldigungsmarsch von Grieg. Der zweite Teil enthält nur Wagnersche Musik; und zwar einen Festmarsch, „Feierlicher Zug der Frauen zum Münster" aus Lohengrin. Einleitung und Chor der Friedensboten aus „Rienzi" und schließt mit dem Einzug der Götter in Walhall aus „Rheingold". Im letzten Teil bläst der Solotrompeter eine Fantasie von Hoch für Trompete, und als Schlußstück folgt wieder ein Wiener Walzer von Josef Strauß. Die Verwaltung hat den heutigen Abend als einen Blumenabend vorgesehen.

* **Zahlung der Zusatzrente für Monat Juli.** Die Zahlung der Zusatzrente für Kriegshinterbliebene für den Monat Juli findet durch die Kriegshinterbliebenen-Fürsorge, Kleine Steinstraße 8 III, wie folgt statt: am Montag, den 14. Juli, Buchstabe A bis L; am Dienstag, dem 15. Juli, M bis Z; am Mittwoch, dem 16. Juli, für Nachzügler. Zahlzeit 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags. Die Ausweiskarte ist mitzubringen. Die an genannten Tagen nicht abgeholten Zusatzrenten können erst bei der nächsten Monatszahlung verabfolgt werden.

Ammendorf. Die am Mittwoch angesetzte Mitgliederversammlung findet nicht im „Elsterthal", sondern im Lokal **Krüger** statt.

Das Massensterben der Proletarier

Typhus in Halle — Die Selbstmordziffer steigt

Der Magistrat erläßt einen Alarmruf:

„Milch abkochen!"

aus dem man so nebenbei erfährt, daß in Halle

Typhusfälle

vorgekommen sind. Das Leitungswasser sei vollkommen einwandfrei und könne ungekocht genossen werden. Dagegen ist es unbedingt erforderlich, alle Milch kurz aufzukochen, so daß sie ungefähr fünf Minuten ins Wallen geraten ist.

An die zehnjährige W. derkehr des Kriegsausbruchs kann nicht besser und eindringlicher erinnert werden. Die Opfer des Typhus sind Proletarier und Proletarierkinder, deren Gesundheit untergraben ist durch die furchtbare Not und deren Kräfte zermürbt sind durch das unendliche Elend.

Wir klagen die bürgerliche Gesellschaft des Mordes an allen diesen Opfern an.

Wir klagen die Führer der Sozialdemokratie an, daß sie den kapitalistischen Mördern Vorschub leisten bei ihrem Vernichtungswerk.

Im Stadtparlament ist nicht ein einziges Mitglied mehr, das die wahren Gründe des Ausbruchs der Typhus-Epidemie aufzeigen wird. Die furchtbaren Zustände in den Proletarierhäusern sollen nicht in die Oeffentlichkeit kommen. Aber wenn auch unsere Stadtverordneten ausgeschlossen sind: **die Kommunistische Partei wird nicht ruhen, bis alles ans Tageslicht gezogen ist, was unter dem harmlosen Artikel „Milch abkochen", den hallischen Proletariern verheimlicht werden soll.**

*

Das Statistische Amt der Stadt Halle veröffentlicht einen Bericht, nach dem in der letzten Zeit

21 Selbstmorde

zu verzeichnen sind. Die Fälle, in denen Personen am Selbstmord verhindert werden, sind dabei natürlich nicht aufgeführt. Erst vor einigen Tagen gab der Polizeibericht bekannt, daß ein 20jähriges Mädchen sich in selbstmörderischer Absicht von der Schieferbrücke in die Saale zu stürzen versuchte. Von zwei hinzukommenden Männern wurde sie aber hieran gehindert und dem Polizeirevier zugeführt und später von ihrer Mutter abgeholt.

Wie in Halle mehren sich im ganzen Reich diese Verzweiflungstaten. Nach den Berichten des Berliner städtischen statistischen Amtes wurden Selbstmorde auf je 100 Sterbefälle verübt: im Januar 2,3, im Februar 2,1, im März 2,4, im April 2,8.

Die katholische „Germania" bemerkt dazu: „Die größte Zahl der Selbstmorde finden wir bei den mit Lohnarbeit Beschäftigten, denen die Sorge oft über den Kopf wächst." Im übrigen sei die Selbstmordhäufigkeit auf den Mangel an Unterordnung, Enthaltsamkeit und Religiosität zurückzuführen. „Menschen, die auf religiös-sittlicher Bahn wandeln, werden an den harten Klippen des Daseinskampfes nicht so leicht zerschellen." Wir empfehlen allen verhungernden Proleten, vor allen den Erwerbslosen, als Rezept, um ihren Hunger zu stillen, Unterordnung und Enthaltsamkeit. Wenn die Arbeiter sich das Essen abgewöhnen, brauchten sie auch nicht aus Sorge um das tägliche Brot in den Freitod zu gehen.

Richard Wagner und das Proletariat

Von Ehrenfried Wagner, Moskau

III

Wagners einzelne Werke zu analysieren, um die Behauptung des Vorhergesagten zu beweisen, würde natürlich weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausgehen.

Wir wollen uns mit einigen Hinweisen begnügen, die zeigen sollen, wie die innere, ideologische, psychologische Einstellung Wagners in der Bearbeitung einzelner Stoffe, die er sich als Themata seiner Musikdramen gestellt hat, zum Ausdruck kommt.

Wagner schöpft nicht aus seiner revolutionären Zeit, nein, er findet dort keine der Behandlung würdige Vorlagen, er muß zu diesem Zweck in die alte Sagen- und Götterwelt zurücksteigen. Das charakterisiert ihn als bürgerlichen Idealisten. Dabei geht er in seiner romantischen Blindheit soweit, daß er einen Stoff, dem unbedingt eine oppositionelle, radikale Tendenz innelieget, in sein gerades Gegenteil umbiegt. Dafür zwei besonders krasse Beispiele.

Die Sage vom Tannhäuser, die Wagner für seine gleichnamige Oper verwendet, entstand im 16. Jahrhundert. Dieser Tannhäuser lebte im 13. Jahrhundert zur Zeit der Kreuzzüge und war ein ziemlich lustiger Bursch. Da er sich all zu lange bei Frau Venus aufgehalten hatte, wollte ihm der Papst keine Absolution für seine Sünden geben. Aber Tannhäuser ist nicht weiter traurig. Er kehrt in den „Venusberg" zurück und findet dort, wie es in der Sage heißt, reichlich Absolution. Der Sinn dieser Sage, die in dem gegen die Diktatur der Kirche ankämpfenden 16. Jahrhundert (Reformation der Städte, Revolution der Bauern und Handwerker) entstand, ist natürlich der, daß der von der Kirche unterdrückte Mensch sein irdisches Gleichgewicht wiederfindet. Er pfeift auf den Himmel und will sich auf dieser Welt sein Paradies einrichten. Diese revolutionäre Tendenz sieht der Konterrevolutionär Wagner natürlich nicht. Ihm ist es greulich, die „Fleischeslust" triumphieren zu lassen. Als Tannhäuser zur sündigen Frau Venus zurückkehren will, begegnet er bei Wagner dem Leichenzug mit der heiligen Elisabeth, die für ihn in den Tod gegangen ist, um ihn von der Sünde zu erlösen. Tannhäuser, gerührt, stirbt zur selbigen Stunde. Die Fleischeslust wird durch Elisabeths „himmlische" Liebe besiegt. Es triumphiert zwar nicht der katholische Himmel, dafür aber der mehr widerlichere evangelische Himmel. Die in der Sage liegende weltliche Tendenz biegt der romantische Wagner in ihr konterrevolutionäres (mystisches, unweltliches, überirdisches) Gegenteil um.

Dasselbe zeigt sich in Wagners komischer Oper „Die Meistersinger von Nürnberg". Die Nürnberger Meistersinger, die am Ende des sogenannten Mittelalters die Reformation und Bauernrevolution ideologisch vorbereiten halfen, waren alles andere, bloß keine komischen Spießbürger, wie sie der Bayreuther Meistersinger hinzustellen beliebt. Die „Meistersinger", „Spruchsprecher", „Fastnachtsspieler" oder wie sie sich sonst noch nannten, standen in einem sehr aktiven Kampf gegen die Bevormundung der Kirche und gegen die Diktatur der Feudalherren. Das Zentrum dieser oppositionellen Strömung war Nürnberg. Hier im Schoße des Frühkapitalismus bildeten sich die zarten Kunstformen des bürgerlichen Dramas, von hier ging der Kampf gegen die kirchlichen Mysterienspiele der alten, konservativen Mainzer Kunstschule. Hans Sachs (dessen Fastnachtsspiele im revolutionären Rußland mit Vorliebe aufgeführt werden), war ein sehr weltlicher, derber, urwüchsiger Profet, dessen „Dramen" sich wesentlich durch gesunde Farbe von den bleichsüchtigen Mysterienspielen der alten Schule abhoben. Die Lieder und Spiele der „Meistersinger" und „Spruchsprecher" kamen auch in Zechen und Werkstätten zum Vortrag. Die Bewegung war sehr staatsgefährlich. Der Reichstag von 1548 zu Augsburg forderte schwere Bestrafung, „da ihr Gesang zu Ungehorsam und Zwiespalt gereichet".

Von dieser revolutionären Tendenz dieser Aufklärungsbewegung ist in Richard Wagners Oper aber auch nicht ein Schatten zu spüren. Schon das Vorspiel zu den „Meistersingern", das mit dem behäbigen Motiv derselben beginnt, zeigt uns, wie schlecht der Dresdner „Kirchturmrevolutionär" die gärende Zeit der Reformation und der Bauern- und Handwerkerkämpfe verstanden hat. Er nimmt eine allzüsüße kitschige Liebesgeschichte („süß" wie bei der Wagner geistigverwandten Courths-Mahler) als Hauptthema und macht aus dem saugroben Schusterproleten Hans Sachs das Vorbild aller sächsischen Gesangsvereinsvorsitzenden. Das ist der „revolutionäre" Musiker Richard Wagner.

Noch ein drittes Beispiel: „Der Ring der Nibelungen" Wagners umfassendes Werk, führt uns am überzeugendsten in seine Ideenwelt ein. Nach 1871 setzte in Deutschland eine starke Entwicklung des Kapitalismus ein. Der im Krieg gegen Frankreich siegreich gewesene Nationalismus brauchte neue Nationalgötter. Der Patriot Wagner brachte sie in der Gestalt des deutschen Helden „Siegfried", der Wotan und Brunhilde und hat damit jener reaktionär-patriotischen Ideologie ihren Inhalt gegeben, die heute in den politischen Methoden der deutschen Antisemiten, Faszisten und Wotansanbeter zum Ausdruck kommt. Den Germanisierungsversuchen des „jüdischen" Christentums, den Bestrebungen nach einer arischen Nationalkirche (vom Hofprediger Stöcker bis in unsere Tage) hat Richard Wagner mit seinen Wotansopern zweifelsohne den Weg bahnen helfen. In der kraftvollen, blauäugigen, blonden Lichtgestalt des Siegfried sehen auch heute noch die deutschvölkischen Ethiker das Ziel aller Jugenderziehung.

Dem erwachenden Nationalgefühl der deutschen Bourgeoisie, ihrem schrankenlosen Individualismus und Subjektivismus hat Wagner in seinem Nibelungenring musikalischen Ausdruck verliehen. Wie nach der bürgerlichen Geschichtsauffassung große Männer die Geschichte machen, so treten auch in Wagners Oper Einzelgestalten: Helden, Götter und Halbgötter auf. Die alten griechischen Götter, die wegen ihrer Fleischlichkeit und Weltlichkeit etwas Sympathisches haben, werden aber bei Wagner christlich überlüncht. Auch sie handeln nicht nach ihrem freien Willen, sondern nach den Kategorien des Kantischen Imperativ. Das bürgerliche Drama, das gerade den Kampf des freien Willens gegen kirchliche und feudale Bevormundung ausdrücken will, wird bei Richard Wagner verballhornt, indem ein Fatum, ein Unbekanntes, etwas Mystisches die Entscheidung herbeiführt. Damit geht Wagner wieder in den Wunderglauben des Mittelalters zurück.

Die französische Revolution, Rationalismus, Voltaire, Diderot, Darwin, sie haben für Wagner umsonst gelebt. Ihre Weltlichkeit verflucht er, um die mystische Verzückung bis zum religiösen Wahnsinn des „Parsifal" zu steigern. Dieselbe Welt der Wunder und des Aberglaubens, der unbegrenzten Möglichkeiten zeigt uns Wagner in seinen sämtlichen Opern.

Wir sehen also Wagner in seiner Jugend Ekel empfinden vor der „Industrialisierung der Kunst". Er wendet sich ab von dem Zeitalter des Kapitalismus. Er tut es aber nun nicht, um, wie sein Zeitgenosse Marx, Kräfte zu sammeln gegen diesen Kapitalismus, er stellt seine Kunst nicht in den Dienst der Revolution, sondern hilft eine Bewegung fördern, die in ihrer Passivität, Negativität und Lethargie schwächend, neutralisierend, zersetzend auf eine revolutionäre Entwicklung einwirkt. Ob mit oder ohne Absicht, er wird der Musiker der Restauration, nicht aber der der Revolution. Weder ideologisch, noch orchestral-technisch bedeutet Richard Wagner einen Schritt vorwärts, das höchstens auf dem Wege der Zersetzung der bürgerlichen Musik. Mag die Bourgeoisie Wagner-Festspiele veranstalten. Sie hat ein Recht dazu: Wagner ist ihr Musiker!

Nibelungenfilm, II. Teil

Im UT., Alte Promenade, wird jetzt der Nibelungen-Film, Teil 2, vorgeführt. Mag die Sommerhitze die Besucher abhalten, oder mögen sie gehört haben, daß der zweite Teil des Riesenfilms in mancher Beziehung nicht an die Leistungen des ersten Teils heranreicht — diesmal sieht keine Schlange vor der Tür des Theaters und die fanatische Balgerei um eine Eintrittskarte ist nicht zu bemerken. Dieser zweite Teil hat neben den allgemeinen Schwächen des Nibelungenfilms auch noch ganz besondere Schattenseiten, das wird selbst von bürgerlichen Kritikern nicht mehr abgeleugnet. Die hallischen Zeitungen versuchen aber in die patriotisch-schwärmerische Begeisterung auch über diesen Teil des Films auszubrechen. Man merkt den Kritiken ordentlich die Absicht an, zu loben und zu pressen, wo nichts zu loben ist. Und das „Volksblatt", das in Kunstdingen selbstverständlich völlig kleinbürgerliche Anschauungen hat, stimmt in den Huldigungschor der falschen Töne mit ein.

Ueber das Stück selbst werden wir noch ausführlich berichten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240708-16/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Heerschau der Faszisten in Wittenberg

Mit den Waffen gegen den Bolschewismus

Am Sonntag marschierten in Wittenberg die Faszisten auf. Auf der Vogelwiese hinter dem „Schützenhaus" unter einem Zelt, die Seitenwände nicht vorhanden, fand die Weihe der Fahnen verschiedener Ortsgruppen des Stahlhelms und des Wehrwolfes statt. Die Weiherede hielt in „markigen" Worten der Oberstleutnant Zander aus Torgau, der Gauleiter des Stahlhelms. Er führte aus, daß die Stahlhelmleute schon als Baltikumer ihre „Pflicht" getan hätten. Es gilt, den Verbrechern des November 1918 den Garaus zu machen. Die Stahlhelmbewegung wäre seit ihrer Gründung — Frühjahr 1919 — immer ihren Zielen treu geblieben, den schärfsten Kampf zu führen gegen die Elemente, welche im November 1918 dem siegreichen Heere den Dolch in den Rücken gestoßen hätten. Der schärfste Kampf sei zu führen — nicht mit den Waffen des Geistes — (Geist haben die Stahlhelmer und Wehrwölfe ja bekanntlich nicht), sondern

mit der Waffe in der Hand gegen den inneren Feind, gegen den Bolschewismus.

Der Stahlhelm würde das gesteckte Ziel erreichen; es sei Pflicht, treu zu den Fahnen zu halten, bis der Bolschewismus am Boden liege. Es gilt den Kampf zu führen gegen alles Marxistische. Wenn der Marxismus niedergeschlagen sei, dann könnte wieder ein freies (!) deutsches Vaterland erstehen, in dem sich die Stahlhelmer wohlfühlen würden, von dem man sagen könnte, „es lebt sich wieder schön im freien Vaterlande". So „Gott wolle", würde ja auch einmal die Zeit kommen, wo mit dem äußeren Feinde abgerechnet werden würde. Augenblicklich denke niemand daran, gegen den äußeren Feind zu kämpfen. (Diese Schlappschwänze!) Zander weihte darauf die Stahlhelmfahnen; er freue sich jedesmal, wenn er eine Stahlhelmfahne weihen könne, aber noch vielmehr freue er sich, wenn er eine Fahne des Wehrwolfs, der jungen Kameraden, weihen könne. Mit einem dreimaligen „kräftigen" Front Heil fand die Weihe ein Ende.

Die Fahnen wurden auf einen Lastwagen der Firma Stahl & Nölke (Zündholzfabrik) aufgeladen. (Proleten, Genossen, kauft recht viel Zündhölzer dieser Firma!) Die Stahlhelmer und Wehrwölfe zogen dann in losen Trupps wieder in das Balzersche Lokal. Der Anblick der Stahlhelmer und Wehrwölfe war niederschmetternd. Diese jammervollen Gestalten! Alte „Frontkämpfer" mit schlotternden Knien — junge Wehrwölfe, „junge Kameraden" von 14 Jahren, denen man die Angst aus den Augen sah. Einige Genossen erlaubten sich die bescheidene Anfrage: „Hose trocken, liebe Kinder?"

Die „republikanische Schupo" war mit Lastwagen, bewaffnet mit Karabiner usw., hoch zu Roß angekommen. Der Major war in höchsteigener Person da. Die Schupo, geputzt mit den Kriegsorden, schützt die Republik, dieselbe, die von den „Novemberverbrechern" 1918 herrührt und der in der Weiherede Kampf bis aufs Messer angesagt wird. Es ist zum Lachen! Kampf dem Marxismus! Schutz demjenigen, der dem Marxismus den Garaus machen will! Kampf also auch Ebert, Severing, Hörsing! Kampf diesen und allen Marxisten! Und die Marxisten Ebert, Severing und Hörsing senden zum Schutze dieser erbittertsten Feinde ihrer eigenen Person und des Marxismus die „republikanische" Schupo, damit diesen Todfeinden nichts Böses widerfahre, damit diese in aller Ruhe und Anschaulichkeit ihre „Mannen" sammeln können zum Kampf auf Leben und Tod — — —. Oder sind Ebert, Severing, Hörsing und wie sie alle heißen, keine Marxisten? Sind sie nicht Sozialdemokraten? Sind sie nicht Marxisten? Wissen sie nicht, daß der Stahlhelm und der Wehrwolf ihnen an den Kragen will? Oder sind die Herren Ebert, Severing und Hörsing keine Marxisten? Es scheint nicht nur so, es ist so. Wenn jemand etwas duldet, obgleich er es verhindern könnte, und verhindert es nicht, so macht sich dieser das zu eigen, was er nicht verhindert. Ebert, Severing, Hörsing usw. verhindern den Faszismus und die faszistische Heerschau nicht und sind demnach eben auch Faszisten. Kleine, nichtssagende Mussolinis über deren Köpfe, oder über deren Hälse der Faszismus im gegebenen Moment hinweggehen wird. Dann wird wieder Heulen und Zähneklappen sein. Herr Ebert, es läuft das Gerücht, daß Sie beim Kapp-Putsch 1920 im Klosterhof in Wittenberg Quartier genommen haben — damals, als Sie Ihre Residenz nach Dresden verlegten. Heute dürfen Sie nicht wieder dort absteigen. Der Wirt, Leonhard Schott, ist Adjutant beim Stahlhelm! Sie würden in die Höhle des Löwen geraten oder — sehr gut aufgehoben sein!

Den Faszisten sei gesagt, wenn sie mit der Waffe in der Hand gegen den „inneren Feind", gegen den Bolschewismus kämpfen wollen, dann werden sie auch die revolutionären Arbeiter gerüstet finden. Wenn die Herrschaften etwa erwarten, daß die Arbeiter ihnen mit Staubwedeln in der Hand entgegentreten, so werden sie sich wundern. Das deutsche Proletariat hat aus den Vorgängen der letzten Jahre gelernt und weiß, was für Aufgaben ihm gestellt sind.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Gewerkschaftskartell. Die „Lüga" zur Bekämpfung des Bolschewismus hatte sich am Freitag im „Tivoli" unter der Firma „Gewerkschaftskartell" zusammengefunden. Schon rein äußerlich war sofort zu merken, daß etwas „los" war. Am Eingang prangte auf der Versammlungstafel: 1. Aelterer Kriegerverein; 2. Kyffhäuser-Bund; 3. Gewerkschaftskartell und 4. Königin-Luise-Bund. Wirklich, eine „feine" Gesellschaft unter einem Dache! Nachdem Wenscheck die Sitzung eröffnet hatte, machte er in einem wüsten Geschimpfe auf die Kommunisten seinem Herzen Luft. Der letzte Artikel im „Klassenkampf", der sich auf seine Person bezieht, hat ihn ganz aus dem Häuschen gebracht. Der Hieb hat gesessen! Schöbe stellte sofort den Antrag, auf die Tagesordnung das Thema zu setzen: „Zerstörung der Gewerkschaften". Referent Wenscheck. In 1½ Stunden verteidigte er seine Gewerkschaftspolitik die natürlich eine wüste Kommunistenhetze darstellt, wobei Schöbe eifrig assistierte und mit Ausdrücken wie „Lumpen" usw. um sich warf. W. besaß obendrein die Dreistigkeit, die „anwesenden Mitglieder der KPD." aufzufordern, sich zu äußern. Er wußte natürlich genau, daß außer Wenschecks Anhang nur ein Vertreter der KPD. anwesend war. Gen. Hübner hielt W. dann auch sofort unter die Nase, daß Dank der Tätigkeit dieser Strategen alle Kommunisten aus dem Kartell entfernt sind. Da infolgedessen eine längere Auseinandersetzung keinen Zweck hatte, fordert er W. auf Versammlungen einzuberufen und dort den Kommunisten Gelegenheit zu geben die im „Klassenkampf" gemachten Behauptungen zu beweisen. Das wurde von W. abgelehnt weil das angeblich ein „Plan der kommunistischen Zentrale" sei. Wie schlau! Die Situation wurde unangenehm für die Wenschecker, als Gen. Hübner eine in vorletzter Kartellsitzung von W. gemachte Aeußerung vorbrachte. W. hat damals erklärt, daß nach dem Statut kein Stahlhelmerich aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden könne. Na also! Heute versuchte er nun diese Worte abzuschwächen, wurde aber vom Kollegen Orjenski berichtigt. Gefs vom Bergarbeiterverband bestätigte den Ausspruch Ws. und meinte ironisch, im Statut stehe nichts vom „Stahlhelm". Schöbe erzählte, dann noch ein Anzahl Märchen, wie er KPisten in „seinem" Bureau verprügelt und hinausgeworfen habe. Ein Antrag des JB. der Kriegsopfer, sich am 3. August an der Antikriegskundgebung zu beteiligen, wurde natürlich abgelehnt, da man ja den letzten Krieg finanziert hat mit Gewerkschaftsgeldern und Kriegskrediten. Man muß doch „konsequent" bleiben! So schloß diese nur durch eine Wand vom Stahlhelm getrennte harmonische Sitzung.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Ein Gewerkschaftsfest ohne Gewerkschaftsmitglieder

Aus Zeitz wird uns berichtet:

Während in früheren Jahren das Gewerkschaftsfest ein Ereignis für die organisierte Zeitzer Arbeiterschaft bedeutete, kann man das von dem diesjährigen nicht behaupten. In den Vorkriegsjahren demonstrierten die freien Gewerkschafter in den Straßen der Stadt Zeitz und führten so dem Bürgertum vor Augen, was für eine wuchtige, kompakte Masse, die Zeitzer Arbeiterklasse darstellte. Heute ist das anders geworden. Man zieht in aller Frühe, wenn der Spießer noch schläft, hinaus in den Wald, macht dort gehörig „Prost" und nachmittags geht es dann mit schwerem Kopf und kaputten Gliedern wieder nach Hause.

Das Gewerkschaftsfest am Sonntag war ein glattes Fiasko. Schon der Auszug aus der Stadt machte einen kläglichen Eindruck. Nach vorsichtiger Schätzung betrug die Teilnehmerzahl **250 bis 300 Personen**, darunter die Angestellten der Gewerkschaften, das gesamte Personal des „Volksboten" und ungefähr drei Schock Kinder. Im Walde hatten sich noch einige dazu gesellt, so daß man fast „den Wald vor lauter Menschen nicht sehen konnte". Durst war natürlich viel vorhanden, so daß die Samariter alle Hände voll zu tun hatten, um die Bierleichen ins „Leben" zurückzurufen.

Die aufgeklärten Arbeiter sind diesem „Feste" ferngeblieben; infolge der verräterischen Politik der Gewerkschaftsführer im ADGB. haben die revolutionären Arbeiter längst mit diesen Helfershelfern des Kapitals gebrochen. Darum ist es jetzt nicht an der Zeit, Feste zu feiern in einer Periode, wo sich die Arbeiterklasse in einer Elendslage befindet, die die reformistischen Führer mit verschuldet haben.

Zeitz. Achtung, Parteigenossen! Ein 13jähriger oberschlesischer Junge muß eine andere Pflege auf ungefähr vier Wochen bekommen, da der Pflegevater arbeitslos geworden ist. Meldung im „Klassenkampf", Liebknechtstraße 4, erbeten.

Zeitz. Kommunistische Stadtverordnetenfraktion. Mittwoch abend 6½ Uhr Fraktionssitzung im Rathaus, Zimmer 36.

Mansfeld-Sangerhausen

Zum Eisleber Bauarbeiterstreik

wird uns von der Streikleitung geschrieben:

Der Streik gewinnt immer mehr an Ausdehnung. Auf den verschiedensten Baustellen legen die Kollegen die Arbeit nieder. Die Firmen Spieker und Männicke hatten mit allen Mitteln versucht, ihre Leute zu halten, aber sie müssen zusehen, wie die Kollegen abwandern. Der Streikleitung ist es auch gelungen, einen großen Teil der Kollegen anderswo unterzubringen. Den übrigen Kollegen, die immer noch mit der Ausrede kommen, es sei ein wilder Streik, möchten wir zurufen: Kollegen, dieses trifft nicht zu, denn der Baugewerksbund finanziert den Streik. Alle Kollegen, die nicht dem Baugewerksbund angeschlossen sind, werden genau so unterstützt wie die andern. Also eine Ausrede kann es nicht mehr geben, und wir hoffen,

daß bis Dienstag auf allen Bauten die Arbeit vollständig ruht.

Kollegen, wenn dies geschieht, dann müssen die Herren Unternehmer sich wohl oder übel dazu bequemen, mit unserem rechtmäßig gewählten Vertreter zu verhandeln, was sie heute noch ablehnen. Bis jetzt gebrauchen sie noch die Ausrede, der Kollege Felbrich, der für uns in Frage kommt, sei vom Hauptvorstand des Baugewerksbund als Vertreter nicht gemeldet. Mit dieser Ausrede wollen sie nur die Kollegen hinhalten. Zeigen wir den Unternehmern, daß wir gewillt sind, unsere Forderungen restlos durchzusetzen und dafür unsere ganze Kraft einzusetzen, dann wird es uns gelingen, den Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen. Bei den Firmen Telle und Männicke wird unter Polizeiaufsicht gearbeitet! Das spottet aller Beschreibung. Den Polieren möchten wir zurufen: Unterstützt die Streikenden, dann sind wir auch bereit, zu jeder Zeit für Euch einzutreten, wenn Ihr Eure Forderungen an die Unternehmer stellt. Nur so kann es uns in Zukunft gelingen, den Unternehmern etwas abzuringen. Es ist uns auch mitgeteilt worden, daß Poliere auf einigen Baustellen das Zusammenarbeiten mit Streikbrechern abgelehnt haben. So ist es schon recht. Anscheinend haben diese Jungdo-Leute noch nie auf einem Bau gearbeitet. Die Arbeiter werden auch mit diesen Herrschaften noch abrechnen.

Eisleben. Aus der Partei. Unsere am Sonntagabend stattgefundene Mitgliederversammlung hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Aufmerksam folgten die Partei- und Jugendgenossen dem wohldurchdachten Vortrag des Genossen Lademann, dem das Thema „Das Sachverständigengutachten und die Stellung der Partei zu demselben" zugrunde lag. Auf Antrag mehrerer Genossen wurde von einer Diskussion abgesehen. Unsere Stellung ist eine klare und heißt es jetzt mit allen Kräften die Aktivität der klassenbewußten Arbeiterschaft so zu steigern, daß wir die nicht fernen Kämpfe mit Erfolg bestehen. Ein Genosse gab den Bericht aus der letzten Sitzung der Stadtverordneten. Die Arbeit unserer Genossen fand einstimmige Billigung. Am **10. August** ist eine **Parteiveranstaltung des Mansfelder Seekreises** geplant, die den Kampfgeist stählen und die Zugehörigkeit zur Partei festigen soll. Eine Kommission wurde mit den Vorarbeiten betraut. Stellung genommen wurde zur Frauen- und Jugendfrage. Diesen beiden Gruppen soll und muß in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Vor allen Dingen muß jede Genossin die jeden Freitag stattfindenden Frauenabende besuchen; alle Genossen werden aufgefordert, ihre Frauen zum Besuch der Parteiabende anzuhalten und ihre der Schule entwachsenen Junggenossen in die Gruppenabende der Jugend zu senden. Nachdem interne Parteiangelegenheiten geregelt, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Bitterfeld-Delitzsch

Schweres Unwetter im Eilenburger Bezirk

Ein furchtbares Unwetter ging Sonntag früh in der dritten Stunde über Eilenburg und Umgegend nieder. Dächer wurden abgedeckt, Schornsteine umgerissen, Bäume umgeknickt und entwurzelt, hauptsächlich auch auf den Landstraßen nach Rödgen, Kospa und Sprotta. In der Doberschützer Gegend hat das Unwetter am schlimmsten gehaust. Dort brachte es noch Hagelschlag und der Sturm trat in Gestalt einer Windhose auf, durch die die stärksten Bäume entwurzelt und über die Straße gelegt wurden, so daß die Landstraße Doberschütz-Eilenburg gesperrt werden mußte.

Bitterfeld. Stadtverordnetensitzung. Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, findet eine Stadtverordnetensitzung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vorschläge des Magistrats zum Denkmal für die Gefallenen; 2. Wahl eines Mieterbeisitzers für die Wohnungskommission; 3. Wahl des Ortes für die Stadtverordnetenversammlung; 4. Grundstücks-Verpfändung zugunsten eines Zwischenkredites der Reichversicherungs-Anstalt für Angestellte für Wohnungsbauten; 5. Vorlage des neuen Adreßbuches; 6. Ankauf von Liegenschaften. Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte müßte ein Interesse daran haben, festzustellen, wie die von ihm gewählten Vertreter ihre Pflicht erfüllen. Die Sitzungen sind öffentlich.

Bitterfeld. Bernsteinfund bei Bitterfeld. Bei Ausschachtungsarbeiten der Starkstrom-Fernleitung nach Berlin zwischen Zschornewitz-Jüdenberg wurde in zwei Meter Tiefe eine große Lage guten, echten Bernsteins gefunden.

Torgau-Liebenwerda

Torgau. Risiko der Arbeit. In der noch in Betrieb befindlichen Kappenabteilung des Stahlwerks kam der Schwerkriegsbeschädigte Oswald Schumann aus Torgau beim Nachpressen mit den Fingern in die Presse. Ihm wurden drei Finger der rechten Hand abgequetscht. Es muß darauf hingewiesen werden, daß dort die Akkordschieberei an der Tagesordnung war. Daß man einen Schwerkriegsbeschädigten an eine Maschine stellt, wo er zu seinen Kriegsverletzungen auch noch seine paar gesunden Glieder verlieren kann, ist außerdem noch recht bezeichnend. Aber was fragt der Kapitalist danach. Auch der Schwerkriegsbeschädigte muß noch Profite schinden.

Torgau. Das Tambourkorps des Wehrwolfs hält jeden Freitag in den Schießständen des Fiskus Uebungsstunden ab. Wir fragen die Garnisonverwaltung, ob dies mit ihrem Einverständnis geschieht, denn überall stehen Plakate: „Betreten bei Strafe verboten!" Oder duldet der Herr Militärwärter es still, während er jeden harmlosen Spaziergänger anhält und ihn zur Anzeige bringt?

Aus der Jugendbewegung

Merseburg. Kindergruppe. Der Spielnachmittag findet in dieser Woche nicht am Mittwoch, sondern am Freitagnachmittag 4 Uhr auf dem Turnplatz „Jahn" statt.

Das Metall der Toten

86] **Von Concha Espina**

Also, die Sache war erledigt: das Haus Rehtron ging, wenn auch zum Preise großer Verluste, so doch triumphierend aus dem Kampfe hervor. Die Arbeiter würden ohne irgendwelche Bedingung an die Arbeit zurückkehren und sich überdies noch Gegenmaßregeln gefallen lassen müssen, nämlich Prozesse und Entlassungen in Menge.

Pmip behielt die Oberhand. Er verbarg seine Freude kaum und kostete intensiv diese Stunden der Rache nach den unvergeßlichen Demütigungen aus. Berta Leurcs spöttisches Lächeln, die beißenden Scherze der Mutter und des Direktors Barschheit hatten ihm Qualen bereitet: sein persönliches Ansehen litt in Vista Hermosa im gleichen Maße, wie die Aktien von Dite an der Londoner und Pariser Börse zurückgingen. Deshalb versuchte er eifriger als je sich unter dem Deckmantel des Erbarmens unter das Volk zu mischen, damit ihm keine Veränderung seiner Haltung entginge und er sich an seiner Verzweiflung weiden könne . . . .

Die Leute dulden ihn gewohnheitsmäßig, denn sie kennen es nicht anders, als daß er in ihren Hütten aus- und eingeht und die Kinder mit „Abwehren" und Bonbons beschenkt, hier und da auch einmal den Müttern ein Geldstück gibt . . . das heißt, wenn sie hübsche, rotbäckige Töchter haben.

Seitdem die Bergleute zu Hause blieben, ging er einigermaßen nachlässig herum; indessen, Don Jacobo ist nicht feig: er hat den Wagemut der Straflosigkeit und nimmt seine häufigen Besuche in dem Maße wieder auf, wie die Aufwiegler aus dem Revier flüchten oder vom Hunger gezähmt werden. Schon glaubt er sich wieder Herr des elenden Feldes seiner Eroberungen, — eine Anmaßung, die wieder in Vista Hermosa wohl vermerkt wird. Er prahlt mit seinem unbezwinglichen Gefühl und fühlt den trübseligen Häuslichkeiten tagtäglich den Puls, um zu versichern, daß es ihnen sehr gut gehe.

Für wichtigere diplomatische Forschungen hat er Santiago zur Verfügung, denn der arme Lehrer ist ein Unglücklicher, der weder hassen noch heucheln kann. Er taugt nicht zum Verschwörer: in seiner durchsichtigen Seele kann Jacobo Pmip lesen, wie in einem Buch.

Und der Sprachkundige, der selbst die geheimen Idiome der Gedanken zu kennen glaubt, sucht in aller Ruhe seine Zigarrentasche hervor, um dem Philosophen eine Zigarre zu geben.

„Danke, ich rauche nicht."

„Du bekämpfst wohl alle Laster?"

„Ja, notgedrungen . . ."

Mit jedem Augenblick wurde die erdrückende Armut dieses Mannes deutlicher, der doch nicht eigentlich zu den Streikenden gehörte. Wie mochte es den andern gehen?

Der Nordetanier gibt sich tausend hoffnungsfreudigen Vermutungen hin, als beide plötzlich gewahr werden, daß die Erde schwankt. Sie haben sich in instinktiver Vorsicht nach und nach von der am meisten gefährdeten Stelle zurückgezogen und laufen jetzt dahin, wo in einiger Entfernung von den größten Erdrissen Gabriel steht; von hier betrachten sie die zerrissenen Mauern des Gotteshauses, und es will ihnen scheinen, als zitterte auf dem todwunden Glockenturme das Kreuz.

Die Nacht bricht an; hinter einem Hügel im Westen versinkt die Sonne, ihre Strahlen brechen sich in heißem Purpurschein.

Gabriel ist des Wartens müde.

„Kommen Sie?" fragt er seinen Freund.

Aber der Katechet hat großes Interesse an einer Unterhaltung mit dem Lehrer.

„Warte ein wenig," ermuntert er ihn, „dann begleite ich dich nach Nerva."

Estévez ist sehr müde; er antwortet zögernd: „Es wird sehr spät werden . . ."

„Dann gehen wir beim Mondschein. Ich übernachte dort, möchte wissen wie ihr die Antwort aufnehmt die der Direktor bekanntgibt."

Der Lehrer kann sich nicht entschließen; Gabriel, der zugehört hat, entscheidet, ohne Don Jacobo auch nur anzusehen:

„Ich gehe! Auf Wiedersehen!"

„Auf Wiedersehen!" wiederholt Santiago mechanisch.

Unermeßlich wogen und wallen die Schatten durch das Tal: der Philosoph möchte schwören, daß die Nacht aus der Erde steigt und Finsternis über die Seelen breitet.

Ja, das Dunkel war schuld daran. Als Pmip ihn heimlich in eine Wirtschaft führte und ihn zum Abendessen einlud, war in Santiago nichts mehr wach als der Instinkt. Schankend vor Erschöpfung ging er mit, und er, der Maßvolle, Reine ließ sich vom Duft der Speisen besiegen, ließ sich durch ein Glas Wein und ein Stück Brot verlocken.

Als sie wieder auf die Straße traten, stand voll und hochmütig der Mond im Quellen der Sternbilder und leuchtete hinein in die ragenden Berge und die finsterblickenden Bergspalten, in die in Trümmer gefallene Stadt und das verdüsterte Herz des Philosophen.

Trauer erfüllt ihn.

„Sie haben mir zu essen vorgeworfen", betont er mit Bitterkeit.

Don Jacobo hört nicht die schmerzliche Ironie; er strahlt:

„Aber gewiß, Mensch!"

„Nein, eben nicht wie einem Menschen, — wie einem Tier!"

„Unsinn, übertreibe doch nicht! Du hast nur wenig gegessen."

„Ich habe Hunger und Durst gestillt . . . und fühle mich kräftiger."

„Schön, schön", lächelt der Ingenieur, der seinen Lieblingsausdruck nicht vergessen hat.

Sie gehen über die wilde Höhe dem Bahnhof zu, den gefährlichsten und kürzesten Weg, über die Corta.

Sie überschreiten die Geleise, die jetzt völlig tot daliegen, wenn man von dem täglich durchziehenden Militärzug absieht, der an die flüchtigen Bergleute keine Fahrkarten ausgibt und keine Warensendungen für die Streikenden annimmt.

„Wir haben noch Zeit genug," sagt Pmip, nach der Uhr sehend; „es ist neun Uhr, und vor zwölf wird die Antwort nicht bekanntgegeben werden."

„Sie kennen vermutlich ihren Inhalt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240708-16/fragment/page=0006

Nummer 8 Jahrgang 4

Der Kommunistische Gewerkschafter

Kampforgan für die Arbeit der Kommunisten in Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften

Bezugspreis: Einzelnummer 10 Pfennig | Berlin, im Juli 1924 | Verlag: Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten GmbH., Berlin, Planufer 17 Red.: Willi Schönbeck, Berlin, Rosenthaler Str. 38

Das Sachverständigengutachten und die Gewerkschaften.

In dem Gutachten der Sachverständigen lautet eine sehr bemerkenswerte Stelle: „Politische und soziale Ruhe ist die Vorbedingung, damit die Eisenbahnen und jedes andere deutsche Unternehmen zufriedenstellende Ergebnisse bringen können."

Keinem Arbeiter ist der Sinn dieser Phrasen unklar. Wenn z. B. die Kohlenkönige die Löhne auf das niedrigste halten, die Arbeitszeit verlängern und die Bergarbeiter wehren sich, so stören natürlich die Bergarbeiter die „soziale Ruhe". Unter Störung der politischen und sozialen Ruhe versteht die Bourgeoisie die Tatsache, daß die Arbeiter sich nicht widerstandslos Lasten auf Lasten aufhalsen lassen.

Der Vorsitzende der Kommission der Sachverständigen, der General Dawes, ist in seinem Lande als Gründer von Streikbrecherorganisationen berühmt. Dieser General, der der Kommission zur „Demokratisierung und Pazifizierung" Europas vorsaß, und der jetzt als Präsidentschaftskandidat aufgestellt wurde, ist ein wütender Bekämpfer der amerikanischen Gewerkschaften, denen kein Mensch den Vorwurf einer besonderen revolutionären Gesinnung machen kann. Der „Teufelskerl" sorgt eben auch bei sich im Hause dafür, daß die „politische und soziale Ruhe" nicht gestört wird.

Die deutsche Bourgeoisie hat das Gutachten angenommen. Die Scheinopposition der Deutschnationalen und Deutschvölkischen ist nur ein Spiel mit verteilten Rollen. Bei dieser Opposition handelt es sich nicht um einen Kampf gegen die Ausplünderung und die völlige Kontrolle Deutschlands, sondern sie geht darum, daß die Deutschnationalen und Deutschvölkischen einen Kampf um ihre Beteiligung an der Regierung führen. Das bedeutet aber nichts anderes, als sie kämpfen darum, auch als die Untergeuten und Unterkontrolleure der Entente fungieren zu dürfen. Wochenlang hat ja die deutschnationale Presse nachzuweisen versucht, daß die englische und französische Regierung die Unterschrift der Deutschnationalen ebenso annehmen würde, als die einer Marx-Regierung.

Ohne Zweifel würde die deutsche Bourgeoisie lieber ihrerseits mit einem solchen „Gutachten" Europa „demokratisieren und pazifizieren" Ohne Zweifel würde sie lieber Frankreich und England ausplündern und kontrollieren. Aber mit einer Armee, die nur gegen die deutschen Arbeiter gut ist, und mit den faschistischen Banden, deren Gummiknüppel und Revolver nur gegen die deutschen Arbeiter gut sind, wird auch die deutsche Bourgeoisie „friedlich". Um so mehr, als sie ihre Methode, Erfüllungspolitik zu treiben, auch bei der Durchführung des Sachverständigengutachtens durchsetzen wird. Diese Methode haben die deutschen Arbeiter sechs Jahre an ihrem Leibe gespürt. Man hat sie sechs Jahre ausgepfündert mit der Phrase: Wir sind ein besiegter Staat, wir müssen zahlen. Wobei die Bourgeoisie bescheiden genug war, wenn sie von „wir" sprach, nur die deutschen Arbeiter zu meinen.

Eine neue ungeheure Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiter zur Abwälzung aller Lasten der Sachverständigenpläne drückt der jetzigen und nächsten Zeit den Stempel auf. Je brutaler die Angriffe werden, desto süßer die Redensarten der internationalen Bourgeoisie und vor allem der Amsterdamer und Sozialdemokraten.

Die Methode, mit der man diese Ausplünderung vorbereitet und durchführen will, ohne die Arbeiterschaft auf die große Gefahr, die ihr droht, aufmerksam zu machen, ist eine andere als unter Herrn Poincaré. Diese Periode der Ausplünderung steht im Zeichen des europäischen „Ruck nach links", im Zeichen der Demokratisierung und Pazifizierung. Poincaré wird vorläufig keine Reden mehr an den Gräbern gefallener Soldaten halten, sondern Herriot wird über die Bedeutung Zolas und Macdonald wird über den menschlichen Fortschritt die aufmerksame Welt erfreuen.

Die Sozialdemokraten und die Amsterdamer verbreiten einen ungeheuren Schwall von Phrasen, mit denen die Köpfe der deutschen Arbeiter verwirrt werden und mit dessen Hilfe sie vom Kampfe gegen die Pläne der Sachverständigen und ihre Auswirkungen abgehalten werden sollen.

Aber die Durchführung des Gutachtens im Zeichen des „Ruck nach links" bedeutet Verlängerung der Arbeitszeit auf 10 und 12 Stunden, elende Löhne, neue Steuern, Massenarbeitslosigkeit, Abbau sämtlicher noch bestehender sozialpolitischer Gesetze. Als reales Mittel der Durchführung des zweiten Versailler Sklavenvertrags, das gleichzeitig mit den Phrasen und Redensarten angewandt wird, dient die brutale Diktatur der Demokratie, um allen Widerstand gegen die neuen Belastungen durch die Arbeiterschaft niederzuschlagen.

Die Amsterdamer wissen das. Und sie wissen nicht nur, daß alle Lasten auf die Arbeiter abgewälzt werden, sie gebrauchen nicht nur Phrasen, um die Arbeiterschaft stille zu halten, sondern sie arbeiten auch sehr real an der Durchführung des Gutachtens. Wenn die Amsterdamer alle Kämpfe der Arbeiter um die Wiedereroberung des Achtstundentages abwürgen, so arbeiten sie für das Gutachten, um das sie mit allen Kräften den Nebel von Phrasen verbreiten. Als sie den Kampf der 750 000 Bergarbeiter abwürgten, da war das vorbereitende Arbeit für die Durchführung des Gutachtens. Je mehr sie durch ihre Reden vom endlichen Frieden usw. die Arbeiterschaft zu verwirren suchen, desto brutaler werden sie im Auftrag der Bourgeoisie alle Kräfte daran setzen, um die Abwälzungspläne der deutschen Bourgeoisie durchzuführen. Die Amsterdamer waren die wütendsten Kriegsfreunde, als die Bourgeoisie den Krieg führte. Sie waren die Preisfechter des imperialistischen Friedens. Sie sind die Prediger auch für das zweite Versailles, immer wie es im Interesse der Bourgeoisie liegt!

Und sie werden konsequenterweise in Deutschland die eifrigsten Mitarbeiter am zweiten großen Ermächtigungsgesetz gegen die Arbeiter. Denn die Pläne der Sachverständigen sind ja nichts anderes als ein ungeheuerliches Ermächtigungsgesetz gegen die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse, durchgeführt von der ausländischen und deutschen Bourgeoisie mit Hilfe der Amsterdamer und Sozialdemokraten. Gleichzeitig verfolgen die Gewerkschaftsbürokraten, wie die letzten Kämpfe zeigten, eine andere Taktik als in den letzten Jahren. Sie beginnen, um den verlorenen Einfluß bei den Arbeitern zurückzugewinnen, und um dadurch die Möglichkeit zu haben, erfolgreiche Kämpfe zu verhindern, die Taktik der Scheinopposition und der schein-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240708-16/fragment/page=0007

baren Beteiligung an den Kämpfen anzuwenden. Sie handeln nach jenem Rezept, von dem General Groener in einer geheimen Denkschrift aus dem Jahre 1917 sprach:

„In diesem Zusammenhange ist es auch bemerkenswert, daß die Taktik der Gewerkschaften in letzter Zeit dahin geht, zur Unterdrückung der Streikgefahr und Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft ihrerseits jede Lohnforderung zu unterstützen und sogar unter Umständen selbst in die Arbeiterschaft hereinzutragen, um sie von anderen gefährlichen Dingen abzuhalten."

Diese Taktik wandten die Amsterdamer im Kampf der Bergarbeiter an, um die Kumpels von „anderen gefährlichen Dingen" zurückhalten, d. h. vom Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundentages und der Siebenstundenschicht, sie stellten an die Unternehmer eine Lohnforderung — natürlich eine völlig ungenügende — führten und unterstützten scheinbar den Kampf und zersetzten die kämpfenden Arbeiter durch eine planmäßige Hetze „gegen die Putschisten", worunter sie alle jene verstanden, die den Kampf bis zur Wiedereroberung des Achtstundentages führen wollten.

Diese Taktik der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie, ihre Phrasen über die „Demokratisierung und Pazifizierung" Europas durch die Pläne der Sachverständigen und ihre Scheinopposition erfordert von der Gewerkschaftsopposition organisatorisch und ideologisch die sorgfältigste und energischste Abwehr. Unermüdlich müssen die Zusammenhänge zwischen dem Sachverständigengutachten und der Offensive der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft aufgezeigt werden. Den Arbeitern muß die neue Verräterpolitik der Amsterdamer klargemacht werden, damit sie sich in den kommenden Kämpfen nicht überrumpeln lassen. Die letzten Kämpfe aber haben wieder mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß es nicht allein genügt, die Massen aufzuklären und zu Sympathisierenden zu machen, sondern sie müssen durch den intensivsten Ausbau unserer Fraktionen, durch die Aktivierung der Betriebsräte, durch Einheitsfrontorgane aus Arbeitern jeder Richtung so fest an die Front der revolutionären Arbeiter gefesselt werden, daß wir imstande sind, die Taktik der Amsterdamer in allen Kämpfen auch wirklich und wirksam unschädlich zu machen. Gerhard.

Die neue Wirtschaftskrise.

Von Ch. Ilfred.

Auf allen Arbeitsmärkten wächst das Angebot von Arbeitsuchenden mit Riesenschritten. Aus allen Industriegebieten wird gemeldet, daß mit weiteren Stillegungen, Betriebseinschränkungen, vermehrter Kurzarbeit in hohem Maß gerechnet werden muß. Im Inland hat die Inflationszeit die breiten Massen derart expropriiert, daß sie selbst zu herabgesetzten Preisen nur wenig kaufen können. Der Export ist erschwert, weil deutsche Produkte in den letzten Monaten sogar auf dem inländischen Markt schwer mit ausländischer Konkurrenz zu kämpfen haben. Das gilt nicht nur für Automobile, Wein und Schokolade, sondern für Textilwaren, Schuhwerk, Mehl und andere unentbehrliche Konsumartikel.

In der Textilindustrie begann vor einigen Monaten eine Enquete, die feststellen sollte, warum die deutschen Textilprodukte trotz niedrigerer Löhne teurer als die ausländischen sind und infolgedessen die deutschen Textilfabriken angesichts dieser zunehmenden Konkurrenz ihre Produktion einschränken. Die Enquete, begonnen auf Veranlassung des Reichswirtschaftsrats, arbeitete natürlich nicht öffentlich, ließ einige Monate nichts von sich hören und veröffentlicht soeben die Ergebnisse. Selbstverständlich haben die Herren nicht Geschäftsbücher eingesehen und Betriebe besichtigt — das ist nur den Entente-Kommissaren erlaubt —, sondern sich auf „Treu und Glauben" verlassen und alles für richtig genommen, was die Unternehmer ihnen erzählt haben. Und demgemäß natürlich das Ergebnis: die Rohstoffe sind teurer geworden; die Tatsache, daß die Produktionsanlagen nicht voll ausgenutzt wurden, wirkt verteuernd, in einigen Fällen stehen die Löhne über dem „Friedensniveau", die Steuern belasten die Produktion sehr stark.

Damit ist natürlich gar nichts festgestellt. Die Frage, warum die ausländische Textilindustrie — ebenfalls bei verteuerten Rohstoffpreisen — bei viel höheren Löhnen billiger liefert als die deutsche, wird nicht beantwortet. Was übrigens die Steuern anlangt — am schwersten klagen die Textilindustriellen über die Umsatzsteuer —, so suchen sie ihr durch verstärkte vertikale Kombinierung immer mehr zu entgehen. Wenn in einigen Fällen der Nominalwert des Lohnes — der Realwert ist viel niedriger — höher steht als der Friedenssatz, so trifft das erstens auf den Durchschnittslohn nicht zu, er steht etwa 20 Prozent unter dem Friedenssatz; und vor allem sind selbst die Friedenssätze ganz erheblich unter den Weltmarktlöhnen. Diese Spanne zwischen deutschen und ausländischen Löhnen ist aber so groß, daß alle anderen in Deutschland höheren Posten dadurch wettgemacht werden. Die wichtigste Tatsache der Verteuerung ist die restlose Expropriierung der breiten Massen in Deutschland. Vom Export allein kann keine Industrie leben; erst Massenabsatz im Inland und volle Ausnutzung der Produktionsanlagen erlauben eine verbilligte Produktion. Hätte Henry Ford sich auf den Export von Autos kapriziert, so würde er niemals eine solche preisunterbietende Konkurrenz erreicht haben; nach dem Ausland gehen aber nur acht Prozent seiner Produktion. Die 92 Prozent Inlandsabsatz sind die fundamentale Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit dieser acht Prozent. Würden diese 92 Prozent fehlen oder erheblich zusammenschrumpfen, so ist eine Verminderung der Gesamtproduktion, ein gesteigerter „Leerlauf" und eine Erhöhung der Produktionskosten die logische Folge. Die verminderte Kaufkraft der breiten Massen kann aber durch keine Enqueten genannter Art gebessert werden. Die kapitalistische Wirtschaft ist viel zu anarchisch, als daß das allgemeine Interesse an erhöhtem Absatzmarkt das Interesse des einzelnen Unternehmers an möglichst niedriger Lohnauszahlung überwiegen könnte.

Die deutsche Bourgeoisie hat zwei Hoffnungen auf Ueberwindung der Krise. Die erste ist die Durchführung des Dawes-Programms, bei der mit dem Hineinströmen großer Mengen ausländischen Kapitals gerechnet wird. Diese Auslandskredite sollen es ermöglichen, wieder auf Vorrat und unter Ausnutzung der vollen Produktionsanlagen zu arbeiten. Diese Hoffnung wird sich als recht trügerisch erweisen. In Holland werden zur Zeit 99 Prozent aller deutschen Kreditgesuche abgelehnt, in England ähnlich. Allem Anschein nach denkt kein ausländischer Finanzmann daran, die deutsche Industrie einfach mit Geld zu unterstützen. In England wird z. B. jetzt sehr eingehend untersucht, welche deutschen Industrien eventuell finanziert werden können, ohne daß sie der entsprechenden englischen Industrie Konkurrenz machen. Da die meisten deutschen Industrien gegebene Konkurrenten der englischen sind, so wird wahrscheinlich die Liste sehr knapp ausfallen. Ferner werden englisches und amerikanisches Finanzkapital die „Kredithilfe" organisieren, damit die deutsche Bourgeoisie nicht etwa den Vorteil hat, daß mehrere sich um Kreditgewährung bemühen und unterbieten. Die Zinssätze werden natürlich hoch sein, und für die Niedrighaltung der Arbeitslöhne werden die Zinszahlungen ein gutes Argument sein.

Die Schwerindustrie, insbesondere die großen vertikalen Konzerne, für die die Krise viel weniger schwer ist als für die „reinen" Betriebe der Fertigindustrie, verlangt nach einer Radikalkur. Der Metallarbeitgeberverband arbeitet systematisch an der restlosen Einführung der zweischichtigen Arbeit anstatt der dreischichtigen (zweimal zwölf Stunden statt dreimal acht Stunden). Entlassung aller unproduktiven Kräfte und höchste Anspannung des übrigbleibenden Teils ist aber nur ein Teil ihres Programms. Der andere Teil heißt: Abbau der nichtkonzernierten Betriebe. Daher der Sturm des Großkapitals gegen das System der „Geschäftsaufsicht", die Sonne dieses Systems „schien nicht nur über Gerechte, sondern auch über Ungerechte", schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung". Unter „Ungerechten" sind natürlich alle die Unternehmer zu verstehen, die Stinnes und anderen Groß-Konzernen sich noch nicht unterworfen haben. Dieser Abbau des kleinen und mittleren Unternehmertums wird Hunderttausende von Arbeitern aufs Pflaster werfen. Er wird nicht etwa nur propagiert, sondern schon ganz energisch durchgeführt, teils durch die Kreditpolitik der Reichsbank und die Internationale Golddiskontbank, teils durch die Politik der Syndikate und Kartelle. Die Folge wird natürlich für die großen Konzerne ein bedeutender Zuwachs an Macht, innerpolitisch eine noch weitere verstärkte Reaktion sein.

So steht also für das Proletariat die Zeit großer Arbeitslosigkeit und verstärkten Lohndrucks erst noch bevor. Die bisherige Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ist erst ein Vorbote der weiteren Entwicklung, die unabänderlich kommen wird, wenn seitens der proletarischen Organisationen nichts dagegen unternommen wird. Bisher hat das deutsche Proletariat kaum Erfolge in dieser Hinsicht gehabt. Vereinzelte Aktionen müssen ersetzt werden durch eine Generalaktion der gesamten Arbeiterklasse. Solange nur einzelne Streiks gegen verlängerte Arbeitszeit und für Lohnaufbesserungen geführt werden, wird die Bourgeoisie wie bisher den einen Teil des Proletariats auf Kosten des anderen korrumpieren: der einzelne Arbeiter will sich nicht kompromittieren und aus dem Betrieb herausfliegen, weil er als revolutionär bekannt ist. Notwendig ist aber, daß alle kommunistischen Genossen viel stärker die Betriebsbelegschaft aufklären und beeinflussen, damit von den gegebenen Organen der Arbeiterklasse, vor allem von der Kommunistischen Partei, eine vereinigte Aktion des Proletariats geführt werden kann. Bei jedem Arbeiter muß das Vertrauen zur richtigen Taktik der Kommunistischen Partei so gestählt werden, daß er sich auf sie mehr verläßt als auf Versprechungen von Unternehmern und von reformistischen Gewerkschaftlern. In dieser Weise an der Schaffung der Einheitsfront des gesamten Proletariats zu arbeiten, ist die erste Pflicht eines jeden Genossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240708-16/fragment/page=0008

Die Amsterdamer Gewerkschaften sehen die neue Krise ebenfalls heraufziehen. Ihre Zustimmung zum Sachverständigengutachten fesselt sie jedoch an die Politik der herrschenden Klasse. Die Amsterdamer organisieren mit fester Absicht nicht den Abwehrkampf der Arbeiterklasse gegen den neuen Vorstoß der Unternehmer. Die Gewerkschaftsbürokratie will in der jetzigen Epoche aus den Gewerkschaften sozialdemokratische Streikbrecherorganisationen machen. Die sozialdemokratische Führerschaft will in den Gewerkschaften Spaltung und Bruderkrieg, um den Klassenkrieg zu verhindern. Dieser Plan muß angesichts der großen Aufgaben, die zu lösen sind, zerschlagen werden durch zehnfache Energie und Arbeit um die Eroberung der Massen innerhalb der Gewerkschaften.

Um die Unorganisierten.

Von Karl Jannack (Remscheid).

Die Beschlüsse des letzten Parteitages in der Gewerkschaftsfrage verpflichten die Partei, die Organisierung der Unorganisierten nun in der Praxis durchzuführen. Bisher sind noch wenige praktische Erfahrungen vorhanden, aber allerorts wird dieses Problem desto eifriger besprochen, oftmals, ohne die Parteitagsbeschlüsse zu beachten. Vor jedem praktischen Schritt ist eine gründliche Klärung der verschiedenen Meinungen unbedingt notwendig, weil Unklarheiten neue Gefahrenzonen schaffen. Die Beschlüsse der Partei bleiben dann unerfüllt und sogar die bescheidenen Anfänge der Erfassung der Unorganisierten werden unterlassen, gehemmt und sabotiert.

Das Problem selbst ist nur eine Teilfrage der gesamten Gewerkschaftsarbeit und die Diskussionen rollen naturgemäß die gesamte Gewerkschaftstaktik auf. Insoweit ist diese Diskussion gleichzeitig eine Belastungsprobe für die Durchführung unserer Parteitagsbeschlüsse und der richtigen oder falschen Erkenntnis in den Mitgliedschaften.

Die Führung der Partei muß dieses Barometer gewissenhaft beobachten, da es aufzeigt, wo Stimmungen zu überwinden sind, die absolut bis zu Ende ausgekämpft werden müssen, um eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit und die Erfassung der Unorganisierten weiter vorwärts zu bringen.

Die Parteiführung darf nicht zulassen, daß die Auslegungen der Parteitagsbeschlüsse über die prinzipielle Einstellung differenzieren.

Die Mehrheit der Partei sieht in der einstimmigen Annahme der Beschlüsse auf dem Parteitage im wesentlichen die Bestätigung der alten Linie unserer revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften mit dem Ziel, den reformistischen Einfluß zu zerschlagen und die Gewerkschaften als eine der überparteilichen Organisationen — neben den Komitees und Räten, die im bestimmten Entwicklungsstadium die entscheidende Führung übernehmen — in den Dienst der Revolution zu stellen.

Andere Genossen stehen prinzipiell auf dem Standpunkt der Zerschlagung der Gewerkschaften. Sie propagieren dieses als Ziel unserer Gewerkschaftsarbeit, obwohl sie noch für die Durchführung der Beschlüsse des Parteitages eintreten. Bei dieser Grundeinstellung, die das positiv Werbende für die harte Arbeit in einem Kampfprozeß außer acht läßt, müssen die Erfolge für die Partei ausbleiben. Die Führung der Partei muß klar aussprechen, daß die letztere Auffassung falsch ist und sie nicht zulassen. Sonst betonen diese Genossen weiterhin, daß die Parteitagsbeschlüsse nicht besagen: **Hinein in die Gewerkschaften!** sondern diese Frage offen lassen. Bei der Erfassung der Unorganisierten bleiben diese Genossen zum Teil passiv, oder wollen neue Organisationen schaffen mit dem Ziel ihrer dauernden besonderen Zusammenfassung und somit Ersetzung der Gewerkschaften durch neue.

Was wollen wir mit der Erfassung der Unorganisierten? Unsere Hauptaufgabe bei der Arbeit in den Gewerkschaften ist die Organisierung und Führung der Kämpfe um die Macht der Arbeiterklasse. **Die Erfassung der Unorganisierten ist die Heranführung von geschlossenen Reserven für das gleiche Ziel.** Die Organisationsfrage bleibt auch hierbei Mittel zum Zweck, das Ziel schneller zu erreichen.

Warum ist die besondere Erfassung der Unorganisierten notwendig und ihre unmittelbare Zuführung in die gewerkschaftliche Organisation erschwert?

Die verräterische und arbeiterfeindliche Politik der Reformisten, die den Gewerkschaften den Kampfcharakter genommen hat, löst bei den revolutionären Arbeitern eine antigewerkschaftliche Stimmung aus. Weil die Reformisten das wissen, steigern sie ihre Brutalitäten gegen die Arbeiterschaft, um so den immer wachsenden Einfluß der revolutionären Arbeiter zu unterbinden. In der jetzigen anhaltenden Wirtschaftskrise, die in ihrer Konsequenz auch den politischen Zusammenbruch der herrschenden Klasse oder die Unterjochung der Arbeiterklasse bringt, sind die Reformisten gegen die revolutionäre Lösung der Krise und für die Unterjochung der Arbeiterklasse, deshalb müssen sie dauernd Verrat üben. Die Arbeiter sehen und erleben neben der Abmurksung der Streiks auch die politisch konterrevolutionäre Tätigkeit der angeblich neutralen Gewerkschaften und kommen so stimmungsgemäß zu falschen Entschlüssen und dem berechtigten Haß gegen die Gewerkschaften. Diese Ursachen sind es, die es den Arbeitern erschweren, die Säuberung der Arbeiterorganisationen von den Reformisten planmäßig und mit einheitlicher Methode zu betreiben. Die KPD., als Führerin des Proletariats, muß ihre Führerrolle auch bei den politisch irrenden, aber an sich revolutionären Arbeitern ebenfalls ausüben. Allerdings nicht dadurch, daß sie den falschen Stimmungen nachgibt, sondern diese Arbeiter mit der Avangarde, den Kommunisten verbindet. Zu diesem Zwecke muß nach Lage der jetzigen Verhältnisse leider der Umweg auf die besondere Erfassung der Unorganisierten gemacht werden. Aber die besondere Erfassung ist keine dauernde Absonderung, sondern ein Weg der Ueberführung zu dem Gros der Kämpfenden.

Die Rolle der Unorganisierten in den jüngsten Kämpfen der Metall-, Anilin-, Werft-, Land- und Bergarbeiter war aktiv kämpfend. Die Erfassung und Verbindung zu den dauernden Kampftrupps ist die subjektive Aufgabe der Partei. In dem Maße, in dem dies der Partei gelingen wird, schafft sie Vorbedingungen und Kampfpositionen, um den Charakter der Kämpfe gleich zu Beginn über den gewerkschaftlichen Rahmen anzusetzen und dementsprechend ihre Strategie durch Handlungen — nicht durch Proklamationen — zum größeren Machtkampf einzustellen.

Welche Form der Zusammenfassung entspricht unserer grundsätzlichen Gewerkschaftstaktik?

Darüber wird oft mehr als nötig gestritten, worunter die Hauptaufgabe, die des Kampfes leidet, oder das Problem gar nicht gestellt wird. Konkret wird sich für bestimmte örtliche und bezirkliche Vorgänge, sowie lokale Betriebsangelegenheiten die Notwendigkeit der Erfassung der Unorganisierten ergeben, wobei die Betriebs-, Erwerbslosen- und Arbeiterräte oder die Aktionskomitees die Führung haben werden. Die Mobilisation solcher Aktionen muß durch besondere Veranstaltungen der Unorganisierten eingeleitet werden, indem Ausschüsse gebildet werden mit dem Auftrage der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsopposition. Hierbei wird auch durch Geldsammlungen für solche Kämpfe oder einen besonderen Kampffonds der Wille zur gemeinsamen Organisation wieder geweckt. Die einzelnen Teilaufgaben werden nach den örtlichen und betrieblichen Bedingungen verschieden sein, Sache der Betriebszellen ist es, das Richtige einzuleiten. Nach dem Vorhergesagten kann die Form dem Wesen nach nur eine vorübergehende sein.

Vielen Genossen wird diese Arbeit als zu gering erscheinen, sie ist aber für die Erfassung der Unorganisierten zum Zwecke der Führung der Kämpfe und Eingliederung in die Organisation eine äußerst wichtige und muß organisatorisch gewissenhaft durchgeführt werden. Mit dieser Methode werden die zeitweise irrenden Arbeiter durch praktische Arbeit wieder der revolutionären Gewerkschaftsopposition zugeführt. Nach dieser Vorarbeit wird die Werbung für die gewerkschaftliche Organisation konkret gestellt und durchgeführt werden können. Auch die Frage der Zwangsorganisierung, d. h. die gemeinsame Aufforderung der Organisationen, sich einer bestimmten Organisation anzuschließen, wird unter dem Druck planmäßiger Funktionärarbeit den Unorganisierten vorgelegt werden können.

Diese Ziele müssen, unter Berücksichtigung der psychologischen Einstellung der Arbeiterschaft, gleich zu Beginn in offener Weise ausgesprochen werden, um so kürzer ist der Weg zu einheitlicher Arbeit.

Wo die Gewerkschaften durch die Amsterdamer gespalten sind und die Werbung für die Organisation, ohne den Umweg der besonderen Erfassung der Unorganisierten, durch die Fragestellung der Zwangsorganisierung praktisch vollzogen werden kann, ist die Werbung einheitlicher und leichter. Die Ausflüchte der sich revolutionär gebärdenden Arbeiter, wie „wir treten erst der neuen Organisation bei, wenn sie den Namen Industrieorganisation führt", oder „wenn wir größere Kämpfe haben werden, stelle ich schon meinen Mann, jetzt gebe ich keinen Groschen für die Bonzen", oder „erst wenn die Leitung des ADGB. und die der Hauptvorstände eine andere ist, will ich wieder mitarbeiten" und anderes mehr zeigen sich als leere Phrasen. Die Gefahren für die Partei, wenn sie solchen falschen Stimmungen nachgibt, werden von den Funktionären der Partei schnell erkannt und das einheitliche Denken und Handeln der Genossen für die richtige Linie sehr gefördert. Obwohl an diesen Orten die Gewerkschaftsarbeit durch das Problem der Unorganisierten von einer Krise oder erfolglosen Diskussionsperiode verschont ist, muß ein ähnlicher Vorgang, der Kampf um den Namen, restlos ausgefochten werden, weil dahinter sich das Wesen der neuen Organisation verbirgt. Auch die Abgespaltenen dürfen ihren Zustand nicht als einen Dauerzustand betrachten, sondern müssen um das Ziel der Wiedervereinigung kämpfen. Insofern ist der Kampf um den Namen der abgespaltenen Organisation ein politischer und kein formeller.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240708-16/fragment/page=0009

Darin liegt gleichzeitig die Entscheidung, ob die Führung der Organisation, auch nach der Spaltung, für die Einheit der gewerkschaftlichen Organisationen und gegen die Spaltung ist, ob sie gegen eine weitere Ausbreitung der abgespaltenen Organisation wirken und ihre Namensbezeichnung nur mit dem Zusatz „Opposition" ergänzen oder ob sie eine andere Linie betreiben und die Partei in diesem Sinne beeinflussen will. Hier wie bei der Erfassung der Unorganisierten muß die praktische Arbeit der grundsätzlichen Gewerkschaftstaktik eingeordnet bleiben.

Warum ist eine dauernde Erfassung der Unorganisierten ohne Ueberführung zu dem Gros der Opposition falsch?

Weil es gleichbedeutend wäre mit der Schaffung neuer Gewerkschaften und der Nichtachtung der eigenen Parteibeschlüsse. Die Gewerkschaftsarbeit würde zerschlagen oder zu mindestens gehemmt werden, Enttäuschung der Arbeiter, Lockerung der Disziplin würden die notwendigen Kämpfe erschweren und statt einer Festigung und planmäßigen Schulung der Arbeiter für den Kampf würde das Problem der Organisierung der Revolution verzerrt werden.

Die wichtigsten Aufgaben bestehen in der Mobilisation für den Kampf und die erfolgreiche Durchführung desselben. Bei der Durchführung der Mobilisation müssen, der Führerrolle der Partei entsprechend, die Organisationsfragen als untergeordnete gelöst und in der Praxis nur soweit gelöst werden, wie es erforderlich und notwendig ist.

Die Erfahrungen, die die Genossen auf diesem Gebiete in den Bezirken machen müssen schnellstens überprüft werden, um aus dem gemeinsamen Ergebnis den weiteren Weg der Erfassung der Unorganisierten zu kontrollieren und durchzuführen.

Der Kongreß der Union an alle oppositionellen Gewerkschafter.

Vom 21. bis 23. Juni tagte in Bochum der Kongreß der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands. Dieser Kongreß legte seine Stellungnahme zu der revolutionären Opposition in den reformistischen Gewerkschaftsverbänden in einer Resolution fest, in der es heißt:

„Die Kräfte der oppositionellen Gewerkschafter müssen, auch wenn sie getrennt marschieren, vereint schlagen; denn das Ziel ist das gleiche: Umwandlung der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus einem Werkzeug des Burgfriedens und damit der Kapitalisten zu einem neuen Instrument des Kampfes gegen die Kapitalisten.

Der außerordentliche Reichskongreß der Union der Hand- und Kopfarbeiter fordert alle revolutionären Gewerkschafter auf:

Bleibt in den freien Gewerkschaften!

Arbeitet in ihnen für die Revolutionierung der Massen und der Eroberung der Organisationen!

Laßt Euch nicht von den reformistischen Spaltern aus den Organisationen drängen!

Führt die Unorganisierten wieder den Gewerkschaften zu!"

•

Industriegruppe Bergbau und Metall der Union.

Der Bochumer Kongreß der Union hat beschlossen, eine organisatorische Trennung in eine Industriegruppe Bergbau und Metall innerhalb der Union durchzuführen. Die reformistischen Gewerkschaftsspalter sehen in dieser Maßnahme die Gründung zweier neuer Industrieverbände. Sie stellen im „Vorwärts" und in der Gewerkschaftspresse die Behauptung auf, die Union habe jetzt einen roten Metallarbeiter- und Bergarbeiterverband gegründet. Diese Behauptungen dienen natürlich nur dem Zweck, die Arbeiterschaft zu verwirren. Die Absichten der Union gehen nicht auf eine Gründung von neuen Verbänden, sondern auf eine Stärkung der Kampffähigkeit der revolutionären Gewerkschafter. Ueber die Industriegruppenteilung sagt die Bochumer Resolution folgendes:

„Die Union der Hand- und Kopfarbeiter hat eine organisatorische Trennung in eine Industriegruppe Bergbau und Metall durchgeführt.

Sie will für die Organisierung der Bergarbeiter durch aktive Führung der Kämpfe, durch gemeinsame Arbeit mit der Opposition im alten Bergarbeiter-Verband die Grundlagen für einen mächtigen Industrieverband aller Berg- und Hüttenarbeiter unter revolutionärer Führung schaffen.

Die Union will keinen neuen Metallarbeiterverband gründen. Sie will die vielen ausgeschlossenen Gruppen in Kahlstellen zusammenfassen unter einheitlicher Führung. Auch hier Vereinigung der Arbeit mit der Opposition im Deutschen Metallarbeiterverband, um die Arbeiter von den reformistischen Führern zu trennen, darum Zusammenarbeit aller oppositionellen Gewerkschaften in jedem Betrieb, in jedem Ort, in jeder Industriegruppe."

Neue Gewerkschaftsliteratur.

Z. Leder, Das Reparationsproblem, die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse. (Herausgegeben von der Gewerkschaftsabteilung der KPD. — Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, G. m. b. H., Berlin SW 61. 1924.) Preis 30 Pf.

„Der Weg des Verrats." Sündenregister des ADGB. vom Leipziger Gewerkschaftskongreß 1922 bis zur Annahme des Sachverständigengutachtens. (Herausgegeben von der Gewerkschaftsabteilung der KPD. — Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten GmbH., Berlin SW 61. 1924.) Preis 25 Pf.

Am 28. Juni 1924 sind 5 Jahre vergangen seit der Unterzeichnung des Versailler Raubvertrages durch den Sozialdemokraten Gustav Bauer. Am 4. August 1924 sind es 10 Jahre, daß die deutsche Sozialdemokratie Kaiser Wilhelm II. die Kriegskredite bewilligte und die 2. Internationale mit fliegenden Fahnen in das Lager des Chauvinismus überlief. Diese historischen „Gedenktage" fallen in eine Zeit, in der die Kriegslasten endgültig durch das Sachverständigengutachten auf die arbeitenden Massen abgewälzt werden sollen. Der Kampf gegen das Sachverständigengutachten kann nur geführt werden als ein Kampf gegen die Kriegspolitik der 2. Internationale und gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Von 1914 über 1920 bis 1924 führt ein Weg des Verrats der Amsterdamer Gewerkschaftsbürokratie und der 2. Internationale an der Arbeiterklasse. Dieser Weg der Auslieferung der arbeitenden Massen durch die Sozialdemokratie an den Nationalismus und an das internationale Kapital wird in den beiden Schriften Etappe um Etappe klar aufgezeichnet. Die Schrift über das Reparationsproblem gibt einen knappen Abriß über die Entwicklung der Reparationsfrage seit dem Abschluß des Versailler Raubvertrages. Die Amsterdamer Gewerkschaften leisteten während des Krieges der imperialistischen Raubpolitik des deutschen Kapitals willige Unterstützung und schlossen den Burgfrieden mit der herrschenden Klasse. Diese Burgfriedenspolitik wurde am Ende des Krieges unter anderem Namen in die Nachkriegszeit hineingetragen. Die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Amsterdamer Gewerkschaften ist das Kennzeichen der gesamten Nachkriegspolitik des ADGB. Die Politik der Arbeitsgemeinschaft ist der Ausdruck der Furcht vor der proletarischen Revolution, sie ist das Bündnis der Amsterdamer Verräter mit den Kapitalisten zur Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Der Offensive der Schwerindustrie gegen jede steuerliche Belastung der Kapitalisten und zur Versklavung der Arbeiter hat der ADGB. nicht nur nicht Widerstand geleistet, sondern er hat ihr bewußt den Weg bereitet. Durch die Zustimmung in der bekannten Reparationsnote der Wirth-Regierung vom 14. November 1922 bekannte sich der ADGB. endgültig und offen für die kapitalistische Erfüllungspolitik zu Lasten der arbeitenden Klasse. Die berühmten 10 Forderungen des ADGB. waren nichts anderes als ein taktisches Manöver der Amsterdamer Bürokratie, die unter dem Massendruck ein „Ventil öffnete". Die Rolle des ADGB. im Ruhrkrieg bis zur Annahme des Sachverständigengutachtens wird in den Schriften in ihrer ganzen Erbärmlichkeit angeprangert.

Die beiden Publikationen der Gewerkschaftsabteilung der KPD. füllen in der neueren Propagandaliteratur eine außerordentlich fühlbare Lücke aus. Beide Schriften ergänzen sich wechselseitig. In den Zeiten der großen Schwankungen in der Gewerkschaftsfrage — nicht nur in den Massen der Unorganisierten, sondern auch in den Reihen der KPD.! — ist die Aufklärung über die politischen Ziele und Methoden der Amsterdamer besonders wichtig. Wenn wir die politischen Absichten dieser Verräter enthüllen, dann werden wir viel leichter in der Lage sein, den Kampf um die Eroberung der Gewerkschaften als einen politischen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse zu führen und nicht als einen Streit um die Einrichtungen und Kassenschränke der Organisationen. Durch die intensive politische Bearbeitung werden die breiten Schichten der Proletarier viel leichter begreifen, daß es nicht genügt, das Mitgliedsbuch zu ändern, wenn die Politik geändert werden muß.

Beide Schriften müssen im Besitz eines jeden Kommunisten sein. Jeder oppositionelle Gewerkschaftler findet in den Schriften nicht nur Waffen für den täglichen politischen Kleinkrieg mit den Reformisten, sondern auch eine wertvolle Bereicherung seiner geschichtlichen und politischen Kenntnisse. An praktischen Beispielen wird in diesen Merkbüchern der Gegensatz zwischen den Grundsätzen und der Taktik der kommunistischen und der Amsterdamer Gewerkschaftspolitik aufgezeigt. B.

Betriebszellen Gewerkschaftsfraktionen

Die Rote Gewerkschafts-Internationale Nr. 5

ist erschienen und muß von allen Zellen und Fraktionen bestellt werden. Erhältlich in den Buchhandlungen. Preis 1.— Mark.

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240708-16/fragment/page=0010